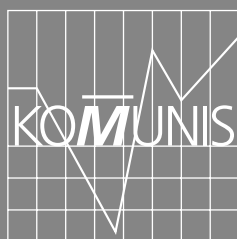


Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeber:
Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt



Themen

10/1998

Vermögensmillionäre in Baden-Württemberg seit 1989

Kurzinformationen

Der Stuttgarter Hafen im Schwabenalter

Einsatz elektronischer Wahlgeräte

**„Stuttgart 21“ und seine Folgen für Stuttgart
und die Region**

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen

57. Jahrgang



**Statistik und
Informationsmanagement
Monatsheft 10/1998
57. Jahrgang**

Aktuelle Grafik: Vermögensmillionäre in Baden-Württemberg seit 1989	251
Kurzinformationen: Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schwarz hat die Leitung der Abteilung Bevölkerung und Wahlen übernommen Organisationsrahmen des Statistischen Amtes den gewandelten Anforderungen angepaßt	252
Neu: CD-ROM Statistisches Jahrbuch 1998	
Urban-Audit - Stuttgart im europäischen Städtevergleich	253
Kurzberichte: Der Stuttgarter Hafen im Schwabenalter	254
Einsatz elektronischer Wahlgeräte	256
Hauptbeitrag: „Stuttgart 21“ und seine Folgen für Stuttgart und die Region Szenarien über strukturelle Entwicklungen in der Region Stuttgart unter Einbeziehung der städtebaulichen Folgenutzungen des Projektes „Stuttgart 21“	258
Stuttgarter Zahlenspiegel	Beilage
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite

Impressum:

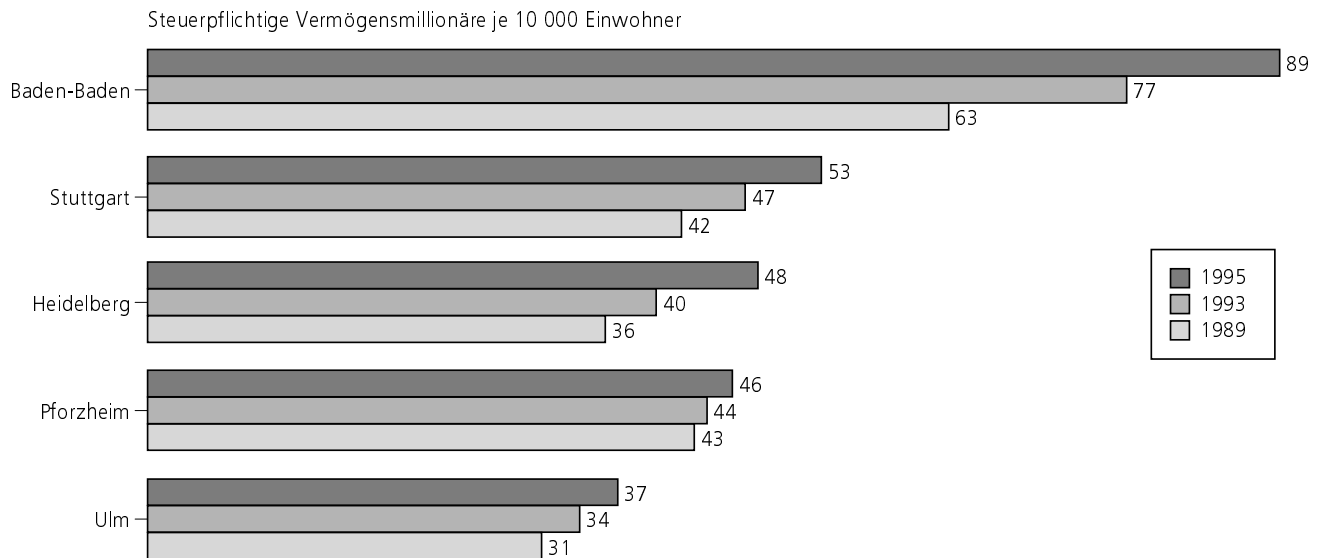
Statistik und Informationsmanagement, Monatshefte, 57. Jg., 10/1998

Herausgeber:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 16-34 40, Telefax (07 11) 2 16-39 00
E-Mail: statistisches-amt@stuttgart.de
E-Mail: komunis@stuttgart.de
Verantwortlich: Eberhard Frank
Schriftleitung: Thomas Schwarz



Vermögensmillionäre in Baden-Württemberg seit 1989



nachrichtlich: Baden-Württemberg 1995: 25, 1993: 22, 1989: 19.

Dargestellt sind die 5 Kreise mit den höchsten Dichteziffern.

Stand: jeweils 1.1.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

251

Erläuterungen zur Grafik

Unter der seit Jahren steigenden Zahl von Vermögensteuerpflichtigen - in Baden-Württemberg waren dies zum 1. Januar 1995 174 082 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen - befanden sich 1995 26 024 Steuerzahler (= 15 %), die über ein Gesamtvermögen von 1 Mio. DM und mehr verfügen. 1993 belief sich dieser Anteil noch auf 11 Prozent.

Bei einem Gesamtvermögen der Vermögensmillionäre von 98 Mrd. DM konzentrierte sich 59 Prozent (1993: 55 %) des Gesamtvermögens aller zur Vermögensteuer veranlagten Personen in der Spitzengruppe der Vermögensmillionäre.

Ein nicht unbeachtlicher Teil der Vermögensmillionäre Baden-Württembergs wohnt in der Landeshauptstadt: einem Bevölkerungsanteil von 5,7 Prozent an der Landesbevölkerung standen 1993 12,1 Prozentan-

teile Vermögensmillionäre gegenüber. Insgesamt 3136 (unbeschränkt steuerpflichtige natürliche) Personen in Stuttgart mit einem Gesamtvermögen von 1 Mio. DM und mehr unterlagen 1995 der Vermögensteuer. Ihr Gesamtvermögen belief sich auf 10,6 Mrd. DM. Damit kamen in Stuttgart auf 10 000 Einwohner 53 Vermögensmillionäre (1993: 47, 1989: 42) - wie die Abbildung zeigt, eine stetig zunehmende Größe.

Diese Relation wurde und wird traditionell nur in einem Kreis Baden-Württembergs übertroffen, dem Stadtkreis Baden-Baden. In der badischen Kurstadt lebten 1995 89 Vermögensmillionäre je 10 000 Einwohner (1989: 77) - mehr denn je, wie die Vergleichszahlen in der Abbildung verdeutlichen. Pforzheim hat in neuerer Zeit seinen angestammten dritten Platz an Heidelberg abtreten müssen.

Typisch für die räumliche Verteilung der Großvermögen im Land ist deren

Konzentration auf die großen Städte (administrativ: die Stadtkreise), während die Landkreise generell eine deutlich geringere Dichte an Vermögensmillionären aufweisen, am unteren Ende der Millionärsdichteskala lagen der Neckar-Odenwald-Kreis, der Alb-Donau-Kreis und der Landkreis Emmendingen.

Mit dem Wegfall der Vermögensteuer ab 1. Januar 1997, für die zur Kompensation der Steuersatz der Grunderwerbsteuer von 2 auf 3,5 Prozent angehoben und die Erbschaft- und Schenkungsteuer reformiert wurde, entfällt künftig auch die Vermögensteuerstatistik. Trotz methodischer Einschränkungen (z.B. Berücksichtigung der Einheits- und auch des Verkehrserwerbs bei Grundvermögen) erlaubte diese Statistik vor allem im überregionalen Vergleich einen Einblick in die Vermögensverhältnisse der Bevölkerung.

Thomas Schwarz

Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schwarz hat die Leitung der Abteilung Bevölkerung und Wahlen übernommen



Nach Anpassung der Organisationsstruktur des Statistischen Amtes an die zu erwartenden Herausforderungen des Informationsmanagements wurde Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schwarz mit der Leitung der Abteilung „Bevölkerung und Wahlen (12-3)“ des Statistischen Amtes betraut.

Thomas Schwarz wurde am 23. September 1955 in Coburg (Bayern) geboren. Nach Abitur und Wehrdienst absolvierte er das Studium der Geographie an der Technischen Universität München und an der Universität Stuttgart. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Studiums umfaßten raumwissenschaftliche Fragestellungen unter besonderer Berücksichtigung soziologischer und ökonomischer Rahmenbedingungen.

Ergänzend hierzu studierte er als Beifächer Soziologie sowie Raumordnung und Entwicklungsplanung. Einen hohen Stellenwert in seinem Studium nahmen ferner die entsprechenden methodischen Instrumente wie Kartographie, statistische Analyse und Prognose sowie empirische Sozialforschung ein.

Seit 1988 war Thomas Schwarz, im Anschluß an die zweijährige Tätigkeit als stellvertretender Zählungslei-

ter der Volkszählung 1987, Leiter der „Dienststelle Wahlen“ im Statistischen Amt der Landeshauptstadt und zugleich stellvertretender Leiter der damaligen Abteilung „Zentrale Aufgaben und Wahlen“.

Seit Anfang 1998 ist Thomas Schwarz auch Schriftleiter der Monatsschrift Statistik und Informationsmanagement sowie der Themenhefte dieser Veröffentlichungsreihe.

Neben der Planung von Aufbau- und Ablauforganisation der Staats- und Kommunalwahlen oblag ihm deren Durchführung einschließlich der Klärung wahlrechtlicher Zweifelsfragen.

Der Schwerpunkt seines Wirkens lag bisher in der Darstellung statistischer Sachverhalte in Form von Analysen, Prognosen und Vorträgen. Die zahlreichen Veröffentlichungen, die mit seinem Namen verknüpft sind, weisen ein breites Themenspektrum aus den Gebieten Wahlforschung, Bevölkerungsstatistik und den lokale Erhebungen bei Bürgern auf.

Insoweit ergeben sich hohe Erwartungen an das Wirken von Thomas Schwarz im neuen und erweiterten Aufgaben- und Verantwortungsreich.

Eberhard Frank

Organisationsrahmen des Statistischen Amtes den gewandelten Anforderungen angepaßt

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist Organisation eine Daueraufgabe. Dies betrifft nicht nur Fragen der Ablauforganisation. Auch die Aufbauorganisation - und damit die Struktur des Statistischen Amtes - muß regelmäßig an die sich ändernden Anforderungen angepaßt werden. Sie muß absehbare Entwicklungen vorwegnehmen, um dadurch die Voraussetzungen für eine kundenorientierte, effektive und effiziente Aufgabenerledigung unter Nutzung der Instrumente des Neuen Steuerungsmodells zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund erhält die Zentralabteilung „Zentrale Aufgaben und Informationssystem (12-1)“ neben dem klassischen Sachgebiet „Verwaltung“ die bisherige Stabsstelle „Informationssystem KOMUNIS“ und das Sachgebiet „Personal- und Sozialstatistik“ mit dem Auskunftsdienst des Statistischen Amtes zugeordnet, so daß diese Abteilung ebenfalls eine primär statistik-fachliche Prägung erhält. Dies ist erforderlich, da die Pilotphase für die Einführung von KOMUNIS erfolgreich abgeschlossen ist und nunmehr in einem interaktiven, kommunikativen Organisationsprofil sukzessive die Ämter/Eigenbetriebe der Stadtverwaltung sowie die Verwaltungsspitze und der Gemeinderat einen Direktanschluß erhalten. Insgesamt werden auf diese Weise fachübergreifende Funktionen des Statistischen Amtes einerseits und die Sicherung der Informationellen Grundversorgung andererseits gebündelt.

Die Abteilung „Wirtschaft und Verkehr (12-2)“ bleibt in ihrer bisher schon homogenen Struktur erhalten. Das Sachgebiet „Verkehrstatistik und statistische Methoden“ mit einem Anschluß an das Verkehrsinformationssystem, das Sachgebiet „Wirtschaft und Kultur“, in dem auch Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit beobachtet werden sowie das Sachgebiet „Wohnen und Umwelt“, in dem auch die landwirtschaftsstatistischen Pflichtaufgaben erledigt werden und der Aufbau einer statistischen Gebäude- und Wohnungsdatei zur besseren Beobachtung des Wohnungsmarktes vorbereitet wird, decken thematisch in bewährter Weise die zur Beschreibung wichtiger ökonomischer Standortfaktoren relevanten Themenfelder ab.

In die Abteilung „Bevölkerung und Wahlen (12-3)“, in der auch die Schriftleitung für die Schriftenreihe Statistik und Informationsmanagement wahrgenommen wird, ist nunmehr, mit ausgeweitetem Aufgabenspektrum, die bisherige „Dienststelle Wahlen“ als Sachgebiet „Wahlen und Finanzstatistik“ ebenso eingegliedert wie das Sachgebiet „Regio-

nales Bezugssystem und Grafik". Bewährt hat sich bisher schon das Zusammenwirken der Sachgebiete „Bevölkerung und Bildung“ sowie das expandierende Arbeitsfeld „Lokale Erhebungen“ bei Kunden, Bürgern und Mitarbeitern. Insgesamt entsteht mit der Konzentration der fachlich und organisatorisch mit Wahlen befaßten Sachgebiete in einer Abteilung eine Organisationseinheit, die flexiblen Arbeitseinsatz besonders begünstigt.

Eberhard Frank

Neu: CD-ROM Statistisches Jahrbuch 1998

Die zunehmende Nachfrage nach elektronisch gespeicherten Informationen hatte das Statistische Amt im letzten Jahr bewogen, das Statistische Jahrbuch auch als CD-ROM herauszugeben. Die Resonanz auf dieses neue Medium war so überzeugend, daß das elektronische Jahrbuch auf Anhieb nicht mehr aus dem Veröffentlichungsangebot des Amtes wegzudenken ist.

Der besondere Vorteil einer CD-ROM liegt darin, daß die Tabellen nicht nur am Bildschirm abrufbar sind oder ausgedruckt, sondern auch weiterverarbeitet werden können. Eine vollindizierte mit Standardwerkzeugen (z.B. EXCEL) Stichwortsuche erleichtert das Auffinden der gewünschten Information.

In der neuen CD-ROM sind jetzt auch alle 86 Grafiken des Jahrbuches enthalten. Die CD-ROM ist zum Preis von 50 DM (für Abonnenten der Statistischen Veröffentlichungen zum Preis von 40 DM) zu erhalten.

Thomas Schwarz

Urban Audit - Stuttgart im europäischen Städtevergleich

Die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen zeigen ein zunehmendes Interesse an der Bewertung der Lebensqualität in europäischen Städten. Allein - es fehlen derzeit ebenso Kenntnisse über homogene, europaweit vorhandene kommunale Informationsquellen als auch über die Daten selbst. Hinzu kommt, daß zunächst ein datenorientiertes, empirisch fundiertes System von Indikatoren zur vergleichenden Bewertung der Lebensqualität speziell in europäischen Metropolen entwickelt werden muß.

Um diesem Mangel abzuhelpen wird derzeit ein „urban audit“ erarbeitet, an dem sich 58 Städte aus allen Ländern der Europäischen Union beteiligen. Die Auswahl der zur Teilnahme aufgeforderten Städte wurde von der Europäischen Kommission in der Art getroffen, daß bei Vorliegen der Ergebnisse ein für das Städtesystem insgesamt repräsentatives Bild entstehen kann. Die Mitwirkung der Städte geschieht ohne eine Rechtspflicht.

Neben Stuttgart beteiligen sich aus der Bundesrepublik Deutschland noch die Städte Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Nürnberg, Leipzig und Dresden. Aus den EU-Staaten wirken neben den europäischen Metropolen u.a. auch Partnerstädte von Stuttgart, und zwar Straßburg und Cardiff, mit.

Zur Messung, Bewertung und Diagnose der Lebensqualität in europäischen Städten wurden bislang vergleichbare Daten der amtlichen Statistik herangezogen. Im Rahmen der laufenden Aktivitäten am Audit werden nun erstmals umfassende, homogene Datensets von den Kommunen selbst aus in den Kommunen geführten amtlichen und kommunalen Datenbeständen gewonnen. So werden statistische Beschreibungen unterhalb der Gemeindegrenze möglich, deren Darbietung den Städten vorbehalten bleibt. Auf dieser

empirischen Grundlage kann dann ein Lagebericht über die Städte erstellt, eine Diagnose vorgenommen, besondere Informationen über innerstädtische „Inseln“ mit der Gefahr sozioökonomischer Disparitäten dargestellt, Zugang zu vergleichenden Informationen über die anderen europäischen Städte abgeleitet werden. Außerdem wird ein Erfahrungsaustausch zwischen den mitarbeitenden europäischen Städten bewirkt, der die künftige Arbeit befruchten wird.

Als geeignete Indikatoren zur Erreichung dieser Ziele wurden in einem ersten Schritt ausgewählte sozioökonomische Aspekte, Daten über die bürgerschaftliche Beteiligung, das Allgemeinbildungs- und Berufsbildungsniveau, die Umwelt sowie Freizeit und Kultur identifiziert. Ob diese Auswahl in einem weiteren Arbeitsschritt noch ergänzt werden muß bzw. mit Rücksicht auf verfügbare Informationen erweitert werden kann, wird sich zeigen, wenn und soweit das vereinbarte Material für die teilnehmenden Städte vorliegen wird.

Die vergleichenden Arbeiten werden, bei planmäßigem Verlauf der Forschung, im Herbst 1999 abgeschlossen sein. Danach stehen die Ergebnisse einschließlich aller methodischen Beschreibungen allgemein zur Verfügung. Mit dieser Grundlagenarbeit ist dann ein für alle interessierten Städte verfügbares „Muster“-Audit geschaffen. Europäischen Kommunen mit entwickeltem statistischen Informationsmanagement steht danach der Städte-Audit als weitere Entscheidungshilfe in städtepolitischen Fragen zur Verfügung.

Eberhard Frank

Der Stuttgarter Hafen im Schwabenalter

Vor 40 Jahren eröffnete der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, den Hafen in Stuttgart. Zusammen mit dem „Vater des Neckarkanals“, Otto Konz, legten sie am 31. März 1958 an Bord des Motorschiffes „Berta Eppe“ im neu gebauten Hafen an. Ein Traum vieler Generationen ging in Erfüllung, als das Gelände zwischen Unter- und Obertürkheim, zwischen Wangen und Hedelfingen seiner Bestimmung übergeben wurde.

Schon die alten Römer benutzten vor rund 1800 Jahren den Neckar als Transportweg. Dazu kam seit altersher ein lebhafter Floßverkehr, der bis über die letzte Jahrhundertwende hinaus erhalten blieb. Bereits um 1480 bestanden regelmäßige Verbindungen mit Heilbronn, um Güter

und auch Personen auf dem Wasserwege zu befördern. Bis in die Türkei erstreckten sich Handelsverbindungen; Weintransporte gingen neckarabwärts bis zu den Rheinhäfen, um Holland und England zu versorgen. 1879 wurde in Cannstatt der Schiffsverkehr eingestellt, weil der Ausbau der württembergischen Eisenbahnen immer mehr voranschritt.

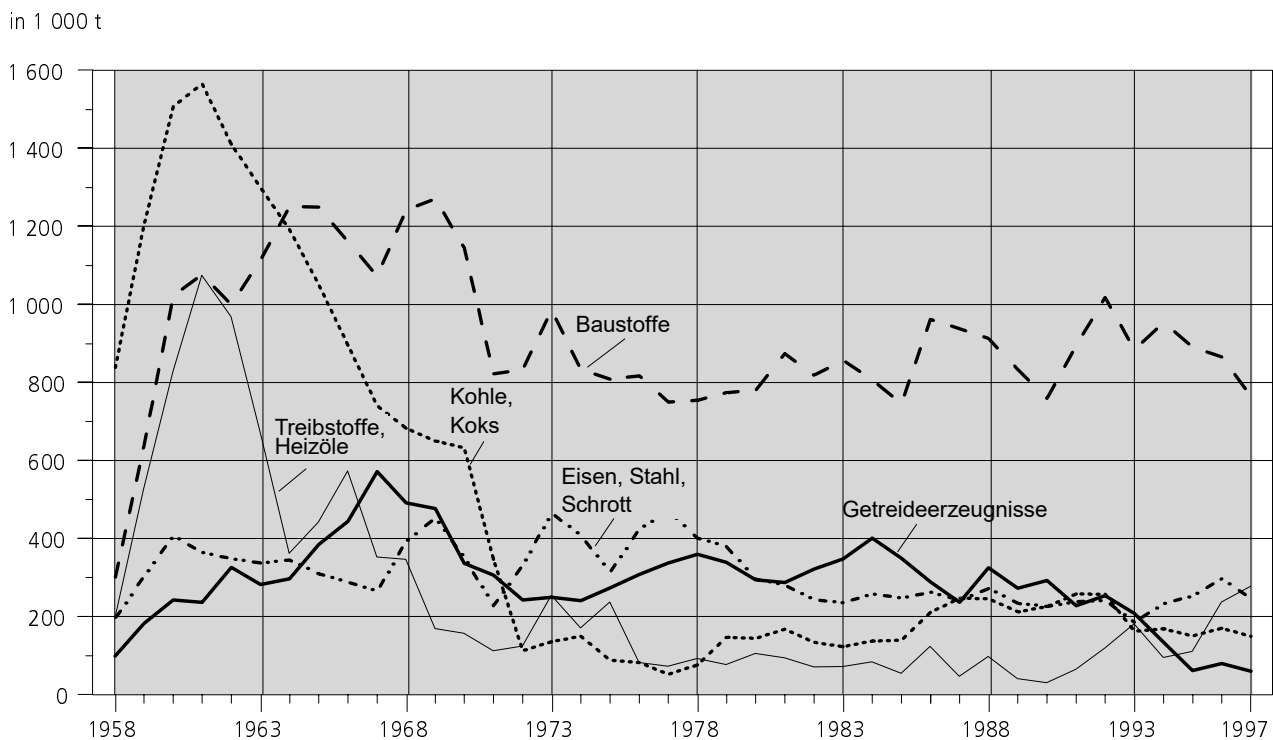
Mit dem bis dahin größten und teuersten Bauwerk seit Kriegsende, das 80 Millionen Mark kostete, war Stuttgart durch eine 188 Kilometer lange Wasserstraße zwischen Mannheim und Stuttgart an das nationale und internationale Wasserstraßennetz angeschlossen und hatte Verbindung zu allen großen Seehäfen.

Der Stuttgarter Hafen besitzt heute drei Hafenbecken mit einer Wasserfläche von 32,9 Hektar, 5,6 Kilometer Kaimauern, ein Gleisnetz von 38

Kilometern Länge, 166 Weichen, 324 000 Quadratmeter Lagerflächen, Siloraum für 82 000 Tonnen Silage, Tanks mit einem Fassungsvermögen von 113 000 Kubikmetern und 2 500 Arbeitsplätze. Neu dazugekommen sind 1992 ein Bahnhof für den kombinierten Ladungsverkehr und Ende 1996 ein Terminal für die Containerschifffahrt. Die Wassertiefe im Hafen beträgt 2,80 Meter. Bis Ende 1999 soll auch die Fahrrinne im Neckar auf der Stuttgarter Gemarkung von bisher 2,60 Meter auf diese Tiefe ausgebaggert werden.

Bis Ende der 60er Jahre wurden vor allem Massengüter wie Kohle, Kies, Sand, Getreide, Futtermittel, Eisen, Stahl und Schrott umgeschlagen. Die Ölkrise und die damit einhergehende Einsparung von Primärenergie in den 70er Jahren ließen den Umschlag von Kohle, Treibstoffen und Heizöl fast zum Erliegen bringen. Inzwi-

Wasserumschlag im Hafen Stuttgart seit 1958 nach Gütergruppen



Quelle: Hafen Stuttgart GmbH

schen hat sich aber der Hafen der neuen Situation angepaßt und sich vom wasserseitig orientierten Umschlagplatz zu einem Güterverkehrs- und Logistikzentrum mit knapp 50 Firmen entwickelt.

Im Jahre 1997 wurden im Hafen Stuttgart 3 644 410 Tonnen Güter umgeschlagen, davon 1 672 945 Tonnen mit Schiffen und 1 971 465 Tonnen mit der Bahn. 1 801 Schiffe und 37 108 Eisenbahnwagen waren nötig, um diese Mengen zu befördern. Im Rekordjahr 1973 betrug der Güterumschlag noch 5 222 697 Tonnen.

Der Gütertransportverkehr auf dem Neckar ging in den letzten Jahren

drastisch zurück. Im Jahre 1959 wurden noch 6171 Schiffe im Hafen Stuttgart beladen, mehr als dreimal soviel wie im Jahre 1997. Konnten früher die Schiffe aber nur mit einer Ladung von maximal 1000 Tonnen beladen werden, können die heutigen Schiffe bis zu 2500 Tonnen Ladung transportieren. Eine noch größere Zuladung der Schiffe wird durch die Höhe der Neckarbrücken (die Container auf den Schiffen können nur zweilagig gestapelt werden) und die Länge der kleinsten Schleuse bei Bad Cannstatt (112 m) verhindert.

Innerhalb Baden-Württembergs nimmt der Stuttgarter Hafen Rang 5 hinter Mannheim, Karlsruhe, Heil-

bronn und Kehl ein. Der Anteil Stuttgarts am gesamten Güterumschlag in Baden-Württemberg betrug knapp 5 Prozent (Stand: 1. Halbjahr 1998, Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg).

Franz Biekert

Literaturhinweis

Heckle, W.: IHK Magazin Wirtschaft 3/98



Bild: Hafen Stuttgart mit seinen drei Becken
(Bild: Luftbild Elsässer)

Einsatz elektronischer Wahlgeräte

Bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 wurden bei der Stadt Köln erstmals versuchsweise elektronische Stimmzählgeräte eingesetzt. Diese Geräte sollen künftig im Wahllokal die Stimmabgabe mittels Stimmzettel ersetzen. Zunächst wurden in Köln zehn Wahllokale mit einem solchen Gerät ausgestattet. Aus rechtlichen Gründen - die jeweiligen Wahlordnungen müssen noch an die geänderten Bedingungen angepaßt werden - konnte der Einsatz dort nur in einem Test erfolgen. Die Wahlberechtigten der betreffenden Wahlbezirke wurden in einem besonderen Anschreiben über den probeweisen

Einsatz der Wahlgeräte eingehend informiert und gebeten, sich im Anschluß an die „normale“ Stimmabgabe an diesem Test zu beteiligen.

Bei den Geräten handelt es sich um ein sogenanntes INTEGRALES WAHL-SYSTEM, das von einer niederländischen Firma hergestellt wird und das in den Niederlanden schon seit 1992 bei Wahlen eingesetzt wird. 1998 wählten die Niederländer an über 8000 Geräten dieser Systemgeneration ihre Parlamente.

Wie sind diese elektronischen Wahlgeräte aufgebaut? Das ganze Gerät ist in einem handlichen Koffer integriert. Dieser wird im Wahllokal geöffnet und aufgeklappt. Danach

wird ein großes Tableau (ca. 50 x 70 cm) sichtbar. Darauf ist der komplette Stimmzettel abgebildet. Über dem Tableau befindet sich ein kleines Display sowie die Stimmabgabe-Taste. Bei mehreren gleichzeitig stattfindenden Wahlen können bis zu drei Stimmzettel abgebildet werden. Beim Aufklappen des Wahlgeräts bildet sich automatisch eine nach drei Seiten geschlossene Wahlkabine, so daß die geheime Stimmabgabe auf jeden Fall gewährleistet ist. Mit dem Wahlgerät verbunden ist ein kleines Steuergerät, das ein Mitglied des Wahlvorstands bedient. Dieses Steuergerät kann bis zu sechs Meter vom eigentlichen Wahlgerät entfernt platziert werden.



Bild: Elektronisches Wahlsystem im Probeinsatz bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 in Köln; im Vordergrund der Wahlvorsteher am Steuerpult (Bild: Brüninghaus)

Wie erfolgt die Stimmabgabe im Wahllokal? Nachdem der Wahlvorstand die Wahlberechtigung geprüft hat, tritt der Wähler an das (abgeschottete) elektronische Wahlgerät. Über das Steuerpult gibt der Wahlvorstand die Stimmabgabe frei. Auf dem Display über dem abgebildeten Stimmzettel erscheint eine entsprechende Freigabemeldung für den Wähler. Der Wähler gibt seine Stimme in der Weise ab, daß er in dem Kreis neben der zu wählenden Partei bzw. dem zu wählenden Kandidaten - dort wo er sonst ein Kreuz macht - einen leichten Fingerdruck ausübt. Auf dem Display wird diese Wahl, nur für den Wähler selbst sichtbar, angezeigt. Gleichzeitig wird die Möglichkeit angeboten, diese Wahl durch Drücken der Korrekturtaste (links neben Display) zu eliminieren und neu zu wählen oder aber die Wahl durch Betätigen der Stimmabgabetaaste endgültig (und unwiderruflich) auszuüben. Der Druck auf die Stimmabgabetaaste entspricht dem Einwerfen des Stimmzettels in die Wahlurne, während die vorhergehenden Handlungen das Ausfüllen des Stimmzettels ersetzen. Selbstverständlich muß dem Wähler auch die Möglichkeit zur ungültigen Stimmabgabe geboten werden. Hierzu kann eine Taste „ungültig“ neben dem Display benutzt werden.

Nach Betätigen der Stimmabgabetaaste ist das Gerät für den Wähler gesperrt. Auf dem Kontroll-Display des Wahlvorstands erscheint eine Meldung über die abgeschlossene Stimmabgabe. Er kann danach das Wahlgerät für den nächsten Wähler freigeben. Bei mehreren gleichzeitigen Wahlen erfolgt die Freigabe erst, wenn alle möglichen Stimmen abgegeben sind bzw. als ungültig gekennzeichnet wurden. Das gleiche gilt auch in Bezug auf die Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl.

Nach Ende der Wahlzeit öffnet der Wahlvorstand mit einem Schlüssel eine bis dahin unzugängliche Tastatur am Wahlgerät. Über diese Tastatur wird die Wahl als abgeschlossen festgestellt und der Ausdruck des Wahl-

ergebnisses über einen eingebauten Streifendrucker eingelesen. Der Ausdruck enthält das vollständige Wahlergebnis nach gültigen und ungültigen Stimmen, im Fall der Bundestagswahl jeweils getrennt für die Erststimmen und die Zweitstimmen. Dieser Ausdruck muß jetzt nur noch vom Wahlvorstand unterschrieben und der Wahlniederschrift beigelegt werden. Die (telefonische) Schnellmeldung kann somit nur wenige Minuten nach Ende der Wahlzeit an das Wahlamt abgegeben werden.

Sämtliche Stimmabgabe-Vorgänge sowie das Endergebnis werden in einer im Wahlgerät integrierten Box gespeichert. Diese Speicherung kann nachträglich weder verändert noch gelöscht werden. Die Speicherbox wird nach Feststellung des Endergebnisses aus dem Wahlgerät entnommen und mit der Wahlniederschrift und den übrigen Wahlunterlagen dem Wahlamt übergeben. Die Speicherbox ersetzt die Sammlung der gültigen und ungültigen Stimmzettel und kann im Fall einer angeordneten Wahlprüfung jederzeit wieder aktiviert und gelesen werden. Es müssen hierfür die gleichen Aufbewahrungsmodalitäten und -fristen wie für die Stimmzettel gelten. Dem jeweiligen Wahlausschuß muß vor der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses eine Zugriffsmöglichkeit auf den Inhalt der Speicherboxen ermöglicht werden.

Beim Einsatz solcher elektronischer Wahlsysteme ergeben sich eine Reihe von Vorteilen:

- zügigere Abwicklung des Wahlgeschehens während der Wahlzeit
- Reduzierung des Personaleinsatzes
- Einsparung von Druckkosten für Stimmzettel und Wahlvorschläge
- Erhöhte Sicherheit gegenüber Wahlmanipulationen
- Ausschluß von irrtümlich ungültiger Stimmabgabe

- Vermeidung von Fehlinterpretationen des Wählerwillens
- Vermeidung von Zähl- und Übertragungsfehlern bei der Ergebnisfeststellung
- Eindeutige Feststellung des Wahlergebnisses unmittelbar nach Ende der Wahlzeit.

Vor allem der letztgenannte Punkt bringt natürlich einen enormen Fortschritt bei der Durchführung von Wahlen. Das vorläufige Endergebnis der Urnenwahl kann damit zwei bis drei Stunden früher als bei der herkömmlichen Auszählung der Stimmzettel (vor allem bei der Bundestagswahl) feststehen; nicht „automatisierbar“ ist nach der derzeitigen Rechtslage allerdings die Briefwahlauszählung. Fehler bei der Ergebnisfeststellung, die ansonsten unvermeidlich sind, können praktisch ausgeschlossen werden.

Der Wahlvorstand kann auf vier Personen (bisher sechs bis acht) reduziert werden. Dadurch sind Personalkosteneinsparungen zu erzielen. Außerdem wird das Problem, immer wieder genügend freiwillige Wahlhelfer zu finden, minimiert.

Alles in allem kann man den testweisen Einsatz bei der Stadt Köln als erfolgreich ansehen. Hiervon konnten sich auch Vertreter des Bundesministeriums des Innern sowie des Deutschen Städtetages während der Bundestagswahl überzeugen. In den betreffenden zehn Wahllokalen haben sich etwa 70 bis 80 Prozent der Wähler an dem Test beteiligt, so daß man von einer hohen Akzeptanz ausgehen kann. Köln beabsichtigt, falls der Geräteeinsatz rechtzeitig rechtlich ermöglicht wird, bereits zur Europawahl 1999 alle Wahllokale mit den elektronischen Wahlsystemen auszustatten.

Heinz Brüninghaus

Götz Baumgärtner

„Stuttgart 21“ und seine Folgen für Stuttgart und die Region

Szenarien über strukturelle Entwicklungen in der Region Stuttgart unter Einbeziehung der städtebaulichen Folgenutzungen des Projektes „Stuttgart 21“

Anmerkung der Redaktion: Der vorliegende Beitrag von Götz Baumgärtner, Stuttgart, stellt eine ergebnisorientierte Kurzfassung der Diplom-Arbeit am Geographischen Institut der Universität Würzburg dar. Der Autor bedankt sich für die Daten- und Informationsunterstützung des Statistischen Amtes und des Stadtplanungsamtes.

Flächenrecycling oder Flächenumnutzungen wichtiges Instrument der Stadtplanung

Die zunehmende Verflechtung der Kernstädte mit ihrem Umland und ein immer noch anhaltender Suburbanisierungsprozeß zwingen die zuständigen Organe in den Städten Konzepte zu entwickeln, mit denen Einwohner und Unternehmen im Stadtgebiet gehalten werden können. Oftmals mangelt es jedoch schlicht an freien Flächen um derartige Maßnahmen zu verwirklichen. Schlagworte wie Flächenrecycling oder Flächenumnutzungen halten daher seit geraumer Zeit Einzug in die Stadtplanung. Die Möglichkeit, das Stuttgarter Bahnhofsgelände durch die Realisierung des Projektes „Stuttgart 21“ einer neuen, städtebaulichen Nutzung zuzuführen, birgt aus diesem Blickwinkel erhebliche Potentiale für die Stadt Stuttgart.

258

„Stuttgart 21“ ein Großprojekt mit überregionaler Bedeutung

Doch nicht nur die Stadt Stuttgart ist von diesem Vorhaben betroffen. Die gesamte Region Stuttgart wird in das Projekt mit einbezogen. An Großprojekte, wie es „Stuttgart 21“ darstellt, werden von verschiedener Seite große Erwartungen gestellt. Dies folgt unter anderem aus der Argumentation heraus, daß in einem zusammenwachsenden Europa das Nebeneinander der Städte und Regionen, aber auch die Konkurrenz zwischen ihnen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die einzelnen Städte bzw. Regionen sind bestrebt, ein eigenes Profil zu bewahren bzw. aufzubauen.

Vorgehensweise

Mit explorativer Szenario-Methode ...

Um die in der Zielsetzung aufgezeigten Fragestellungen zu untersuchen wird anhand zweier Szenarien versucht, die für die Entwicklung relevanten Einflußfaktoren darzustellen. Dabei wird die explorative Szenario-Methode angewandt, da zum einen die möglichen Entwicklungspfade der Einflußfaktoren hin zu einem Zukunftsbild untersucht werden sollen und zum anderen noch kein festes Zukunftsbild definiert ist.

... können alternative Zukunftsbilder entworfen werden

Im Gegensatz zur Prognose-Technik wird mit der Szenario-Methode der Versuch unternommen, mehrere alternative Zukunftsbilder zu entwerfen und auch die möglichen Entwicklungswege zu den Zukunftsbildern vielfältiger darzustellen.

Szenario-Methode kein mathematisch genaues, sondern argumentatives Verfahren

STIENS (1996, S. 87) meint in diesem Zusammenhang, daß bei der Szenario-Methode „von vornherein darauf verzichtet (wird), Genauigkeit allein in der mathematischen Beschreibung zu sehen - im Gegensatz also zur herkömmlichen ‘exakten’ Prognose. Ziel des im Szenario typischen verbalen Vorgehens, des eher argumentativen Verfahrens, ist es, daß die Ermittlung und Beschreibung künftig möglicher Situationen und Entwicklungen insofern ‘exakter’ - differenzierter, treffender - beschrieben wird, als nun auch Faktoren einbezogen werden können, die bei traditionellem Vorgehen außerhalb des Ansatzes bleiben, weil datenmäßig nicht belegbar und zahlenmäßig nicht meßbar.“

Festlegung des Zeithorizonts und Planungsgebiets

Zeithorizont bis 2020

Während der Umbauphase des Stuttgarter Bahnhofgeländes werden die freiwerdenden Gleisbereiche und Flächen zu unterschiedlichen Zeitpunkten der städtebaulichen Nutzung übergeben (vgl. Bild 1 und 2). So können das Planungsgebiet B sowie Teile der Flächen A 2 und C 2 erst nach der geplanten Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs im Jahr 2008 für eine Bebauung freigegeben werden, da bis zu diesem Zeitpunkt die alten Gleisflächen noch genutzt werden. Andere Teilbereiche werden bereits zu Beginn des nächsten Jahrtausends zur Bebauung freigegeben. Nach diesen Zeitpunkten wird es einige Jahre dauern, bis die Fläche vollständig bebaut und ihren Folgenutzungen übergeben ist. Es erscheint sinnvoll, den Zeithorizont für das Szenario weiter in die Zukunft, in das Jahr 2020, zu legen.

Bisherige Entwicklung der Einflußfaktoren

Sinkende Einwohnerzahlen in Stuttgart

In den letzten Jahren verlor die Stadt Stuttgart zunehmend an Einwohnern. In den Jahren 1980 bis 1986 sank die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt von 579 964 auf 551 819 Einwohner. Infolge politischer Ereignisse Ende der 80er Jahre und zu Beginn der 90er Jahre stieg die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 1992 auf 582 094 Einwohner an, danach gingen die Einwohnerzahlen wieder auf 562 213 Einwohner im Jahr 1995 zurück. Demgegenüber gewannen die Landkreise der Region Stuttgart im gleichen Zeitraum kontinuierlich an Einwohnern hinzu. Zusammengekommen stiegen die Einwohnerzahlen in den fünf Landkreisen der Region ohne die Stadt Stuttgart von 1,79 Mio. Einwohner im Jahr 1980 auf 1,98 Mio. im Jahr 1995.

Einwohnerzuwachs in den Umlandkreisen

Betrachtet man die Wanderungssalden zwischen der Stadt Stuttgart und den Landkreisen der Region so wird deutlich, daß der Stadtkreis im Untersuchungszeitraum an fast alle Landkreise Einwohner verloren hat. Aus dieser Entwicklung wird deutlich, daß die Einwohnerverluste der Stadt Stuttgart direkte Gewinne der umliegenden Landkreise sind und diese zusätzlich von intraregionalen Zuzügen profitieren können.

Ebenso Rückgang der Zahl der privaten Haushalte

Mit dem Verlust an Einwohnern geht in Stuttgart seit einiger Zeit auch ein Rückgang der privaten Haushalte einher. Bisher stiegen die Haushaltszahlen aufgrund einer sich ändernden Haushaltsstruktur (z.B. Zunahme der Singlehaushalte) trotz der oben angesprochenen Einwohnerverluste an. Doch auch hier sieht sich die Landeshauptstadt mit einer negativen Entwicklung konfrontiert. So nahm die Zahl der Haushalte von 1961 bis 1992 von 253 000 auf 294 000 Haushalte zu, bis zum Jahr 1995 fiel sie jedoch um über 2000 Haushalte.

Steigende Haushaltszahlen in der Region

Anders stellt sich die Situation in den Landkreisen der Region dar. Parallel zu den Einwohnerzahlen stieg selbst in den 90er Jahren die Zahl der Haushalte noch an. Gab es in der Region Stuttgart ohne den Stadtkreis Stuttgart im Jahr 1961 noch 453 000 Haushalte, so waren es im Jahr 1995 bereits 875 000 Haushalte. Die in den letzten Jahren eingetretene Stagnation der Haushaltszahlen ist auf die Anpassung der Haushaltsstruktur der Landkreise mit der in der Stadt Stuttgart zu erklären. Die Zunahme der Ein- bzw. Zweipersonenhaushalte ist auch im Umland der Stadt Stuttgart begrenzt.

Auch Betriebe und Unternehmen verlagern ins Umland

Neben der Suburbanisierung der Einwohner kam es in den letzten Jahren auch verstärkt zu einer Verlagerung von Betrieben und Unternehmen ins Umland. Diese Entwicklung ist sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor zu beobachten. Hinzu kommt, daß in den Landkreisen der Region die Gründungsdynamik von Unternehmen in den letzten Jahren weitaus stärker ausgeprägt war als in der Stadt Stuttgart (Friedrich-Ebert-Stiftung, 1994, S. 28 ff.). Doch nicht nur die bloße Verlagerung der Betriebe in die umliegenden Landkreise der Region stellt für die Stadt Stuttgart ein Problem dar. In der stark industriell geprägten Region vollzieht sich seit einigen Jahren ein wirtschaftlicher Strukturwandel. Als Indikatoren für



Bild 1: Das Planungsgebiet von „Stuttgart 21“ aus der Luft. Das ca. 109 Hektar große Gebiet grenzt unmittelbar an die City (Kopfbahnhof oben rechts) und die Parkanlagen. Es umfaßt die Grundstücke der Deutschen Bahn AG (104,5 ha) und der Deutschen Post AG (4,5 ha) (Bild: Rahmenplan Stuttgart 21; Stadtplanungsamt, Projektgruppe Stuttgart 21)

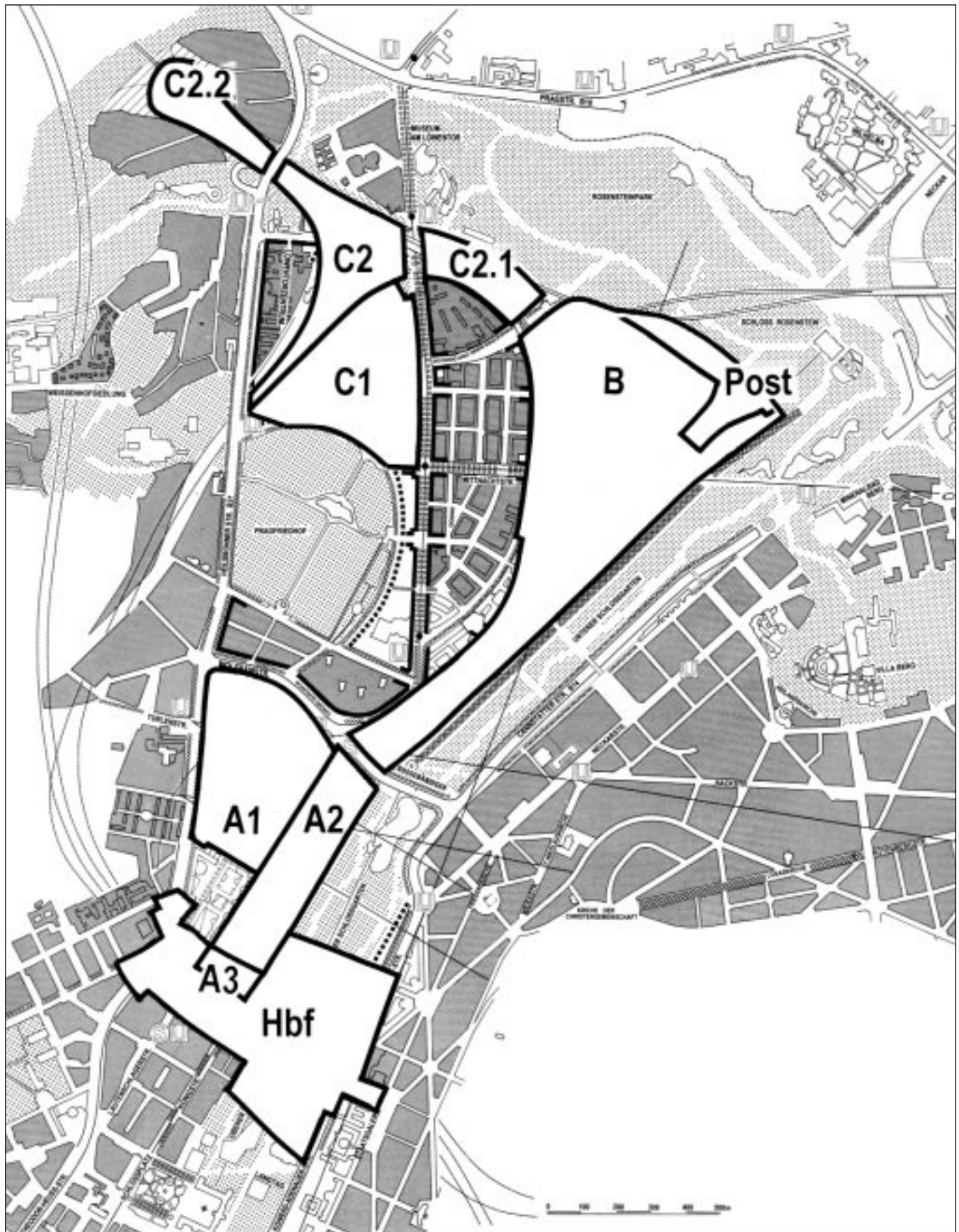


Bild 2: Das Planungsgebiet gliedert sich in die 3 Teilgebiete A (29 ha), B (48 ha) und C (32 ha). Der Bebauungsplan für das Teilgebiet A1 (16 ha) wurde am 8.10.1998 vom Gemeinderat beschlossen; der Baubeginn ist für 1999 geplant. (Bild: Rahmenplan Stuttgart 21; Stadtplanungsamt)

diese Entwicklungen können die Daten über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen werden. Im Produzierenden Gewerbe ist in der Region Stuttgart bis auf den Stadtkreis Stuttgart die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe von 1977 bis 1992 kontinuierlich gestiegen. Im Zeitraum von 1992 bis 1995 mußten alle Kreise der Region mit erheblichen Verlusten der Beschäftigtenzahlen verzeichnen.

Im Dienstleistungssektor stellt sich die Situation unterschiedlich dar. Bis zum Jahr 1992 stieg die Zahl der Beschäftigten in allen Kreisen stark an. Anders als im Produzierenden Gewerbe mußte nach diesem Zeitpunkt jedoch nur die Stadt Stuttgart mit Verlusten im Dienstleistungssektor zurecht kommen. Alle anderen Kreise der Region verzeichneten, allerdings abgeschwächt, weiterhin Zuwächse im Bereich der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß die gesamtregionalen Verluste im Produzierenden Gewerbe nicht durch die Gewinne im Dienstleistungssektor kompensiert werden konnten und können.

Abnahme der Beschäftigungszahlen in Stuttgart

Bei der Betrachtung der gesamten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Wirtschaftssektoren läßt sich feststellen, daß nur in der Stadt Stuttgart im Jahr 1995 weniger Beschäftigte tätig waren als im Jahr 1977. In allen anderen Kreisen der Region stieg die Zahl der Beschäftigten stark an, allerdings ist auch hier ab dem Jahr 1992 ein negativer Trend eindeutig erkennbar.

Suburbanisierung führt auch zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt

Die räumlichen Umstrukturierungen durch Einwohnergewinne für die Region und Verluste für die Stadt sowie durch die Verlagerung wirtschaftlicher Funktionen in das Umland der Kernstadt ergeben auch Konsequenzen für den Wohnungsmarkt. War die Lage in der Stadt Stuttgart bis dato eher angespannt und wurde von einem Wohnungsdefizit bzw. sogar von einer Wohnungsnot gesprochen, so ist davon auszugehen, daß durch die nun zurückgehende Zahl der Haushalte, welche die potentiellen Nachfrager für den Wohnungsmarkt darstellen, in Zukunft mit einer Umkehr in diesem Bereich zu rechnen ist. Aus dieser Sicht hätten die Suburbanisierungsprozesse sogar einen positiven Effekt für die Stadt. Eine zu starke Abnahme der städtischen Bevölkerung würde jedoch zu einem Wohnungsüberschuß führen, der wiederum auch negative strukturelle und ökonomische Folgewirkungen, zum Beispiel Preisverfall, nach sich ziehen würde.

Zusammenfassend läßt sich ableiten, daß es Ziel der Stadtplanung sein muß, dem möglichen Zentralitätsverlust der Landeshauptstadt entgegenzutreten. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Unternehmen und auch Einwohner Perspektiven für eine Ansiedlung im Stadtgebiet sehen. In diesem Zusammenhang spielen die Flächenreserven eine große Rolle. Nur durch ein ausreichendes quantitatives Potential auf attraktiven freien Flächen können Investoren gewonnen und Wohnungen für die Bevölkerung geschaffen werden.

Industriebranchen und Bahnflächen Alternativen für Stadtplanung

Aus diesem Blickwinkel muß die Stadtplanung auch alternative Möglichkeiten in Betracht ziehen, wie zum Beispiel bereits bebaute Flächen, die nicht mehr in ihrer ursprünglichen Funktion genutzt werden, umzustrukturieren und einer anderen Nutzung zuzuführen. Hierzu gehören unter anderem Industriebranchen und Bahnflächen, für die keine Verwendung mehr besteht.

Unter Einbeziehung der beschriebenen Entwicklungen der Einflußfaktoren und den daraus folgenden Trends werden im folgenden Szenarien für die Stadt und für die Region Stuttgart entworfen.

Was passiert, wenn „Stuttgart 21“ nicht kommt? Ein Trendszenario für Stuttgart und die Region

In diesem Szenario wird unterstellt, daß das Projekt „Stuttgart 21“ nicht realisiert würde. Dadurch setzen sich die in der Vergangenheit beobachteten Tendenzen weiter fort.

Ohne „Stuttgart 21“ müßte Stuttgart mit Zentralitätsverlust rechnen

Die Stadt Stuttgart wird bis zum Jahr 2020 mit Zentralitätsverlusten zu rechnen haben. Dies bezieht sich zum einen auf die Entwicklung der Einwohnerzahlen und Haushalte, zum anderen auf funktionale Dezentralisierungen im Bereich „Arbeiten“. Bis zum Jahr 2020 wird die Stadt und die Region Stuttgart durch den bis dahin abgeschlossenen Strukturwandel insgesamt an Erwerbspersonen eingebüßt haben. Die anteilige Veränderung in den Wirtschaftssektoren wird sich weiter zugunsten des Dienstleistungssektors verschieben, das Produzierende Gewerbe wird weiter an Bedeutung verlieren.

Gewicht der Zentren der Landkreise würde wachsen

Im Jahr 2020 stellen die Zentren der Landkreise ein stärkeres Gegengewicht zur Stadt Stuttgart dar. Sie werden ihrerseits überörtliche Dienstleistungszentren sein und überregionale Funktionen ausüben. Damit geht teilweise ein Abzug der Kaufkraft zu Lasten der Stadt Stuttgart einher.

Die Stadtplanung und -entwicklung wird sich in Zukunft stark an dem beim Umweltgipfel in Rio 1992 geprägten Begriff „Sustainable Development“ orientieren. Dies zeigt bereits der Entwurf des Flächennutzungsplans 2005 der Stadt Stuttgart, in dem Forderungen wie Innenentwicklung, Modernisierung und Umnutzungen bestehender Strukturen festgeschrieben sind. Die knappen Flächenreserven in der Stadt Stuttgart erfordern diese Maßnahmen und geben die Leitbilder für die zukünftige Stadtplanung vor.

Stuttgart würde ca. 8700 Einwohner mehr verlieren

Die Stadt Stuttgart verliert bis zum Jahr 2020 deutlich an Einwohnern. Die Haag-Studie (Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 1997/2) beziffert die zusätzlichen Einwohnerverluste von „Stuttgart 21“ für Stuttgart im Jahr 2020 auf 8700 Einwohnern (Szenario 4; allerdings unter der Annahme, es werden in der Region keine der übrigen großflächigen Baumaßnahmen verwirklicht). Verantwortlich für die Verluste sind die negativen Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und vor allem der Abwanderungen. Gleichzeitig wird sich die Einwohnerstruktur grundsätzlich verändert haben, die Zahl der älteren Einwohnern steigt zum einen relativ, durch Rückgänge in den jüngeren Altersgruppen, zum anderen auch absolut, durch eine steigende Lebenserwartung. Die Tendenz, daß ältere Einwohner entweder aus der Stadt in das Umland wegziehen oder in ihren alten, meist großflächigen Wohnungen verbleiben und diese somit nicht für größere Haushalte zugänglich sind, trägt weiterhin zu einem Gesamteinwohnerverlust bei. In gleicher Weise steigt in den Landkreisen der Region Stuttgart durch Zuzüge insgesamt die Einwohnerzahl, parallel hierzu der Anteil der älteren Einwohner durch eine Verschiebung der Altersstruktur.

Ausländeranteil würde steigen

Der Anteil der Ausländer wird in der Stadt Stuttgart im Jahr 2020 höher sein als zum jetzigen Zeitpunkt. Vor allem die jüngeren Jahrgänge werden von Ausländeranteilen von über 35 Prozent geprägt sein. Die ausländischen Einwohner tendieren weniger dazu, das Stadtgebiet zu verlassen, sie verbleiben häufiger in der Innenstadt. Eine Zunahme der sozialen und räumlichen Segregation wird die Folge sein. In den Landkreisen ist mit einer solchen Entwicklung nur teilweise in Subzentren wie Ludwigsburg, Böblingen und Esslingen zu rechnen.

Mit der Veränderung der Einwohnerstruktur wird sich teilweise auch die Zusammensetzung der Haushalte ändern. Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird im Jahr 2020 gleichbleibend hoch sein, allerdings mit einem größeren Anteil alter und alleinstehender Menschen. Die Anzahl der Einpersonenhaushalte hängt unter anderem auch von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Bleibt die Arbeitslosigkeit wei-

terhin hoch, so werden sich viele Menschen einen vergleichsweise teuren Singlehaushalt nicht mehr leisten können und werden sich nach alternativen Wohnformen umsehen. Demgegenüber werden die Zweipersonenhaushalte stark zugenommen haben. Dies ist zum einen die Folge aus der wachsenden Anzahl junger Zweipersonenhaushalte (Ehepaar ohne Kind, Zusammenleben ohne Trauschein usw.), aber auch aus der höheren Lebenserwartung und dadurch einer steigenden Zahl von Zweipersonenhaushalten Seniorenpaare. Größere Haushaltstypen werden in der Stadt absolut und relativ weniger präsent sein als zum jetzigen Zeitpunkt, da der Fortzug von Familien mit Kindern auch in Zukunft weitergehen wird.

Anders wird die Situation im Umland der Stadt Stuttgart sein. Bei allen Haushaltstypen ist bis zum Jahr 2020 ein Zuwachs zu erwarten. Die Anteile der Einpersonenhaushalte wird sich fast dem Niveau der Kernstadt (47 % im Jahr 1996) annähern.

Wohnungsmarkt würde sich weiter entspannen

Durch die Abnahme der Einwohner- und Haushaltszahlen stellt sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt im Jahr 2020 grundlegend anders dar. Bereits zu Beginn des nächsten Jahrtausends wird es in Stuttgart einen rechnerischen Wohnungsüberschuß geben, der Wohnungsbedarf wird aufgrund des Rückgangs der Haushalte zurückgehen. Durch eine verringerte Bautätigkeit wird sich die Schere zwischen Wohnungsangebot und -nachfrage bis zum Jahr 2020 aber nicht in gleichen Maße ausweiten wie zum Ausgang des 20. Jahrhunderts.

Durch ein überhöhtes Angebot an Wohnungen werden andere Faktoren für den Wohnungsmarkt wichtiger. Ein Teil der Einwohner kann sich aufgrund des größeren Angebots ihre anspruchsvolleren Wohnwünsche erfüllen. Dadurch wird sich die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner weiter erhöhen, kleinere Haushalte werden Wohnungen in Anspruch nehmen, die von der Raumzahl her eigentlich von größeren Haushalten bezogen werden könnten. Als ein weiterer Effekt des Wohnungsüberschusses ist mit der Zunahme der Binnenwanderungen zu rechnen. Die Einwohner werden sich nicht nur die spezifischen Wohnwünsche an eine Wohnung erfüllen können, sie werden auch in der Lage sein, ihren bevorzugten Wohnort innerhalb des Stadtgebietes zu wählen. Hierdurch wird es in Zukunft zu einem Anstieg der Umzüge innerhalb des Stadtgebietes Stuttgart kommen. Durch diese steigende Umzugsmobilität können jedoch auch Vorgänge in Bewegung gesetzt werden, die aus stadtplanerischer und sozialer Sicht nur bedingt erwünscht sind. Hierzu gehören Phänomene wie manifeste Überalterung (Gentrifikation) und Segregation in bestimmten Stadtteilen.

In der Region rege Bautätigkeit durch steigende Zahl an Einwohnern und Haushalten

In der Region wird sich der Wohnungsbestand weiterhin an dem steigenden Bedarf ausrichten. Durch eine Zunahme an Einwohnern und Haushalten wird sich die Bautätigkeit in den Landkreisen parallel zu den Haushaltszahlen weiter entwickeln. In den Landkreisen Ludwigsburg, Rems-Murr und Böblingen ist aufgrund der großen Flächen für Baufertigstellungen mit der relativ größten Bautätigkeit zu rechnen.

In Stuttgart Rückgang der Erwerbspersonen

Mit dem Verlust an Einwohnern in Verbindung mit der Überalterungstendenz der Bevölkerung verringert sich in der Stadt Stuttgart auch die Zahl der Erwerbspersonen. Demgegenüber werden die Landkreise Gewinne verbuchen können. Die Erwerbspersonen werden der Stadt Stuttgart nicht nur als Einwohner, sondern auch als Arbeitskräfte verloren gehen. Dies begründet sich aus der Tatsache, daß die Suburbanisierung der Betriebe und Unternehmen in Zukunft weitergehen wird. Bis zum Jahr 2020 werden viele Dienstleistungsbetriebe, aber auch Betriebe des produzierenden Gewerbes aus dem Stadtgebiet in die umliegenden Landkreise gezogen sein. Vor allem die Landkreise Ludwigsburg und Böblingen können mit betrieblichen Zuwanderungen rechnen.

Weitere Betriebsverlagerung in Stuttgart

Stark verändern wird sich auch die Struktur und die Größe der Betriebe. Dies führt insofern zu räumlichen Veränderungen, daß für manche verlagerten oder neu entstandenen Unternehmen Gewerbe- oder Büroflächen notwendig sind, die in der In-

nenstadt nicht mehr vorhanden sind. Neue Unternehmen benötigen unter Umständen keine Produktionsflächen, da die Fertigung an anderen Standorten angesiedelt ist. Dennoch ist es für die Unternehmen oftmals notwendig, Filialen an wichtigen Wirtschaftsstandorten zu haben um zum Beispiel den Vertrieb der Produkte zu organisieren. Solche Filialen werden in Zukunft immer häufiger in Kooperation mit anderen Unternehmen entstehen, hierfür werden neue, räumlich und technologisch angepaßte, Bürogebäude gebraucht werden.

Zwischen den Wirtschaftssektoren wird es in der Gesamtregion eine weitere Verschiebung zugunsten des Dienstleistungssektors geben. Der prozentuale Anstieg des Dienstleistungssektors in der Landeshauptstadt wird sich den Werten anderer Städte angleichen. Im Jahr 2020 werden weit über 70 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor arbeiten (1995: 66 %). Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird jedoch sinken, da die Verluste im Bereich des Produzierenden Gewerbes nicht durch die Gewinne im Dienstleistungsbereich kompensiert werden. Auch der Dienstleistungsbereich wird durch Rationalisierungen gekennzeichnet sein, die den Gesamtverlust an Arbeitsplätzen noch verstärken.

Erwerbstätigkeit der Frauen wird zunehmen

Veränderungen sind auch für die Anteile der Männer und Frauen an den Erwerbspersonen zu erwarten. Der Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen wird im Jahr 2020 erheblich höher sein als im Jahr 1995. Die Gründe liegen zum größten Teil im gesellschaftlichen Bereich. Zum einen wird die materielle Unabhängigkeit der Frauen stärker ausgeprägt sein, die Zahl weiblicher Singlehaushalte wird steigen. Auch die Zahl der alleinstehenden Frauen mit Kind(ern) wird zunehmen. Die Tendenz zu Partnerschaften ohne Kinder wird ebenfalls dazu führen, daß Frauen mehr und mehr in der Lage sind, einer Beschäftigung nachzugehen. Hinzu kommt, daß die Herauskristallisierung neuer Arbeitsformen den Frauen entgegenkommen wird. Durch einen höheren Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen werden die Unternehmen zunehmend Arbeitsplätze schaffen, die auf die Bedürfnisse der Frauen abgestimmt sind. Hierzu wird zum Beispiel die Telearbeit gehören, die speziell für diejenigen Frauen in Frage kommt, die zusätzlich mit der Erziehung der Kinder beschäftigt sind.

Telearbeit wird bis 2020 stark an Bedeutung gewinnen

Zu den Arbeitsbereichen, die bis zum Zieljahr 2020 stark an Bedeutung gewinnen werden, zählt vor allem die Telearbeit. Die Nutzung der bereits heute vorhandenen Potentiale in diesem Bereich wird in Zukunft optimiert werden, und der Anteil der Beschäftigten im Telearbeitssektor wird exponentiell ansteigen. Profitieren werden von dieser Entwicklung in erster Hinsicht die Landkreise der Region, was in der ursprünglichen dezentralen Ausbreitung der Telearbeit liegt und durch die allgemeinen Dezentralisierungstendenzen innerhalb der Region Stuttgart noch verstärkt wird. Aber auch die Stadt Stuttgart wird positive Aspekte aus der Entwicklung ziehen können. Durch die Flexibilisierung der Arbeit profitiert die Telearbeit, was auch für die Stadtbewohner positiv sein wird. Aufgrund flexiblerer Arbeitszeiten werden sie die vielfältigen Freizeitangebote in der Innenstadt besser ausnutzen können, die „Wohnlage Innenstadt“ unterstützt diese Tendenz durch eine enge räumliche Vernetzung. Ein künftig größeres Angebot an Wohnungen ermöglicht es den Einwohnern der Stadt, die den innerstädtischen Lebensstil bevorzugen, eine adäquate Wohnung zu finden, in der die Voraussetzungen für die Telearbeit gegeben sind. Bei einem Wohnungsüberschuß ist auch davon auszugehen, daß die Mieten für bestimmte Wohnungen im Stadtgebiet fallen werden und somit ein zusätzlicher Raum für den Telearbeitsplatz finanziell erschwinglich sein wird.

Ohne „Stuttgart 21“ muß Stuttgart Zentralitätsverluste hinnehmen

Zusammenfassend wird die Stadt Stuttgart bis zum Jahr 2020 Zentralitätsverluste hinnehmen müssen. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht wird eine Auslagerung der Betriebe aus dem Stadtgebiet in das Umland die Situation prägen. Innerhalb der Region werden die Landkreise Ludwigsburg und Böblingen an Attraktivität für Ansiedlungen von Betrieben und Zuwanderungen von Einwohnern gewinnen. Die Landkreise Esslingen und Rems-Murr werden an dieser Entwicklung ebenfalls Anteil haben, der Landkreis Göppingen kann nur bedingt partizipieren.

Aus raumplanerischer Sicht kann die Stadt Stuttgart im Jahr 2020 nicht mehr alleine als Oberzentrum gesehen werden, vielmehr wird die Region Stuttgart als europäische Metropole anzusprechen sein, die durch den bis dahin erfolgten Strukturwandel an Wirtschaftskraft gewonnen hat und im Konkurrenzkampf mit anderen Regionen bestehen kann.

Auch die Flächenreserven der Region werden sich erschöpfen

Durch die Ausweitung der Funktionen in die Region wird wiederum das weitere Umland der Region Stuttgart tangiert. Teilweise wird sich eine Desurbanisierung einstellen, nachdem auch die Flächenreserven in der Region Stuttgart erschöpft und bebaut sein werden. Nicht zuletzt durch eine immer größer werdende Standortungebundenheit der Betriebe und auch der Arbeitnehmer wird dieser Prozeß verstärkt werden. Weiche Standortfaktoren werden im Jahr 2020 einen weit höheren Stellenwert haben als heute, die Entwicklung und Attraktivität des „Hinterlandes“ der Region Stuttgart als Wohnort für Arbeitnehmer wird mitentscheidend sein, ob der Standort Stuttgart für Unternehmen weiterhin attraktiv ist. Demnach werden schnelle Verkehrsverbindungen zum Zentrum Stuttgart zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Stadt Stuttgart wird in einigen Bereichen die überörtliche Funktionskraft behalten (zum Beispiel Verwaltung, Hochschulen, Kultur, Gesundheitswesen, Großereignisse, Städtetourismus). Vor allem im kulturellen Bereich wird die Landeshauptstadt ihre führende Position halten und sogar ausbauen. In diesem Zusammenhang wird auch eine Zunahme des Städtetourismus einhergehen, der in enger Verbindung mit den kulturellen Attraktionen der Stadt steht.

Durch eine Ausweitung des Einzugsraums sind verkehrliche Verbesserungen unumgänglich. Das Straßennetz wird bis zum Jahr 2020 vergrößert und verbreitert (Autobahnen) sein, das Nahverkehrsangebot (S-Bahn) weiter ausgebaut.

Das Alternativszenario - „Stuttgart 21“ wird verwirklicht, Annahmen für das Alternativszenario

„Stuttgart 21“ nicht Spiegelbild der gesamtstädtischen Entwicklung

Bei den Darstellungen in den Szenarien muß in Betracht gezogen werden, daß das Untersuchungsgebiet „Stuttgart 21“ nicht als Spiegelbild für die Entwicklungen im gesamten Stadtgebiet zu sehen ist. Als Beispiel soll hier der Einflußfaktor Wohnungen angeführt werden. Zwar ist für die Stadt Stuttgart in Zukunft zu erwarten, daß es einen Wohnungsüberschuß gibt, dies hat jedoch nicht zur Folge, daß der geplante Wohnungsbau auf dem Areal von „Stuttgart 21“ obsolet wäre.

Innerstädtische Lagen grundsätzlich sehr attraktiv

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß Nutzungen in innerstädtischer Lage mehr Nachfrage erfahren als in den anderen Stadtgebieten. Auch die gesamte Attraktivität des Planungsgebietes läßt darauf schließen, daß allgemeine Tendenzen innerhalb des Stadtgebietes für das Projekt „Stuttgart 21“ nur bedingt zutreffen. Dadurch, daß es in dem neuen Stadtquartier möglich ist, von Grund auf eine neue Infrastruktur zu schaffen, müssen die Möglichkeiten und Entwicklungen auf diesem Areal positiver angesehen werden als in anderen Stadtteilen, in denen solche Potentiale nicht vorhanden sind.

Wie kann „Stuttgart 21“ die Gesamtentwicklung beeinflussen?

Ziel des Alternativszenarios ist es, aufzuzeigen, welche Möglichkeiten durch das Projekt „Stuttgart 21“ bestehen, die in dem Trendszenario dargestellten Entwicklungen teilweise zu beeinflussen und ihnen entgegenzuwirken. Die in den Szenarien vorgeschlagenen Nutzungen sind natürlich nicht alle zu realisieren. Ziel ist es, verschiedene Möglichkeiten anzudeuten, die in weiteren Planungsschritten überdacht werden können.

Szenario für das Teilgebiet A

Teilgebiet A durch Citynähe gekennzeichnet

Das Teilgebiet A ist durch seine Nähe zur City der Stadt Stuttgart gekennzeichnet und bietet sich aus stadtplanerischer Sicht für Handel und Dienstleistungen, Unterhaltung und Gastronomie sowie kulturelle Einrichtungen an. Um eine Nutzungsmischung herbeizuführen ist es erforderlich, auch einen bestimmten Wohnanteil in die Planungen miteinzubeziehen.

Gute Erreichbarkeit und öffentliche Verkehrsanbindung

Gründe für diese Nutzungen sind die gute Erreichbarkeit des Stadtquartiers von der bestehenden City aus und die hochwertige verkehrliche Anbindung durch die nachbarschaftliche Lage des Hauptbahnhofs, der auch die Knotenpunkte der S-Bahn-, Stadtbahn- und Buslinien in sich vereint. Somit werden die Voraussetzungen geschaffen sein, daß der Besucher des neuen innerstädtischen Gebiets keine langen Fußwege zu bewältigen hat, und durch eine umfangreiche Sortimentierung des Angebots wird die Frequentierung des Gebiets hoch sein.

Durch „Stuttgart 21“, vor allem im Gebiet A, kann Stuttgart Defizite im Dienstleistungssektor reduzieren

Die Stadt Stuttgart wird bis zum Jahr 2020 ihr Defizit im Dienstleistungssektor voraussichtlich vermindert haben. Zu diesem Trend wird das Projekt „Stuttgart 21“ und hier vor allem das Teilgebiet A beitragen. Für den Ausbau dieses Wirtschaftssektors werden Flächen notwendig sein, die den Ansprüchen dieser Branchen genüge leisten. Unter anderem sind diese Flächen in innerstädtischer Lage erforderlich, da eine hohe Frequentierung durch den Kunden notwendig ist. Auf dem Teilgebiet A werden diese Voraussetzungen in hohem Maße erfüllt sein.

Teilgebiet A für Dienstleistungsbereiche in der Informationsbranche interessant

Der Schwerpunkt der Dienstleistungen wird jedoch nicht unbedingt in den Branchen mit hoher Kundenfrequenz liegen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen oder auch des gehobenen Bedarfs wird auch in Zukunft durch die Geschäfte in der bisherigen City gewährleistet sein. In dem neuen Stadtgebiet werden sich Dienstleistungsbranchen ansiedeln, mit deren Expansion in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Hierzu gehören vor allem Dienstleistungen in der Informationsbranche, also computerbezogenen Dienste. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, daß ein Konkurrenzkampf zwischen dem alten und neuen Geschäftszentrum in eher beschränkten Maße stattfinden wird. Nur in den Branchen, die in der bereits bestehenden City vorhanden sind und die auch für das Teilgebiet A geplant sind, wird es zu Spannungen kommen. In der gesamten Innenstadt ist eine größere Vielfalt des Sortiments und ein qualitativ hochwertigeres Angebot zu erwarten.

Großteil der 24 000 angestrebten Arbeitsplätze soll hier entstehen

Auf dem Teilgebiet A soll ein Großteil der im Rahmenplan angestrebten 24 000 Arbeitsplätze angesiedelt werden. Insgesamt erscheint diese Zahl sehr hoch. Zu groß werden in Zukunft die Arbeitsplatzverluste selbst im Dienstleistungssektor sein. Gewerbliche Nutzungen sind auf dem Teilgebiet A aus stadtplanerischer und baurechtlicher Sicht nicht zu fördern. Bleiben andere Nutzungen wie Kultur, Tourismus usw., die jedoch keine großen Arbeitsplatzgewinne versprechen. Ob die angestrebte Zahl von 24 000 Arbeitsplätzen erreicht wird, wird also davon abhängen, in welchem Ausmaß der Dienstleistungsbereich in den kommenden Jahren mit Arbeitsplatzverlusten konfrontiert sein wird und ob es in Stuttgart gelingt, durch Verbesserungen in diesem Wirtschaftssektor Anschluß an andere Städte zu finden und dadurch auch neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Teilgebiet A kann Abwanderung von Dienstleistungsbereichen aus Stuttgart entgegentreten

Das Teilgebiet A kann hierfür Impulse setzen, vor allem hinsichtlich der negativen Tendenz, daß auch Dienstleistungsbetriebe immer mehr in die Subzentren des Umlandes abwandern. Voraussetzungen sind eine gute infrastrukturelle und verkehrliche Erschließung des Planungsgebietes sowie funktionale und attraktive Gebäude. Nur so können in Zukunft Dienstleistungsbetriebe in die Innenstadt gelockt werden.

Auf dem Teilgebiet A werden vor allem kleinere Wohnungen gebaut werden. Hierbei wird hinsichtlich der Gebäude selbst eine Mischnutzung sinnvoll sein, das heißt, es werden keine reinen Wohnhäuser gebaut, sondern die Wohnungen werden in

Teilgebiet A wird bevorzugt von Singles und kinderlosen Paaren bewohnt werden, ...

die gleichen Häusern integriert (z.B. Dachgeschoßwohnungen), in denen auch andere Nutzungen vorgesehen sind. Durch die Lage des Teilgebietes A ist nicht davon auszugehen, daß der Wohnanteil hoch sein wird, zu dominant werden andere Nutzungen im Vordergrund stehen, durch die eine höhere Rendite zu erwarten ist.

Die Wohnungen, die bis zum Jahr 2020 entstehen, werden eine bestimmte Struktur haben und von einer bestimmten Bevölkerungsgruppe präferiert werden. Wie bereits erwähnt, wird es sich auf dem Teilgebiet A vor allem um kleinere Wohnungen handeln, die aufgrund des relativ größeren Anteils der Funktionsfläche (z.B. Küche und Bad) eine verhältnismäßig höhere Rendite abwerfen als größere Wohnungen. Durch diese Größenvorgabe der Wohnungen ist auch die Einwohnerstruktur des neuen Stadtteils vorprogrammiert. Singles und kinderlose Familien werden in diesem Gebiet wohnen, da sie zum einen eine adäquate Wohnung hinsichtlich der Größe finden werden, aber auch die finanziellen Mittel zur Verfügung haben, dort zu wohnen. Es erscheint eher unwahrscheinlich, daß sich größere Haushalte auf dem Gebiet ansiedeln. Auch der Anteil älterer Menschen, seien es Ehepaare, Alleinstehende oder Verwitwete, wird gering sein. Dies liegt an den Gewohnheiten dieser Bevölkerungsgruppen, eher im vertrauten Milieu zu verbleiben oder aber ins Umland zu ziehen.

... die jünger und einkommensstärker als der Bevölkerungsdurchschnitt sind

Es ist also davon auszugehen, daß vor allem jüngere, Menschen in das neue Stadtviertel ziehen werden. Aber auch hier wird es Unterschiede geben. Alternative Wohnformen wie sie zum Beispiel studentische Wohngemeinschaften darstellen, werden auf dem Teilgebiet A nicht zu finden sein. Zu teuer und auch zu kleinräumig werden die Wohnungen ausfallen. Solche mehrköpfigen Wohngemeinschaften bevorzugen oftmals Altbauwohnungen, mit einer annähernd gleich großen Aufteilung der Wohnräume. Bleiben für die Besiedlung der Teilfläche A also die „Yuppies“ (young urban professionals) und „Dinks“ (double income no kids), die sowohl von den finanziellen Voraussetzungen als auch von der Haushaltsgröße für dieses Teilgebiet prädestiniert sind. Diese Reduzierung auf wenige in Frage kommenden Bevölkerungsgruppen ist hinsichtlich einer angestrebten Bevölkerungsmischung kritisch zu sehen. Zu einer Vielfalt an Bevölkerungsgruppen in dem neuen Stadtviertel würde auch ein gewisser Anteil älterer und ausländischer Einwohner sowie Familien mit Kindern gehören.

Das kulturelle Angebot wird im Jahr 2020 einen der Bereiche darstellen, in dem die Stadt Stuttgart gegenüber dem Umland nicht an Zentralität verloren hat. Zum einen liegt dies vor allem an den bestehenden Verhältnissen innerhalb der Region Stuttgart, zum anderen können durch Umnutzungen im Stadtgebiet Flächen für neue Kultureinrichtungen geschaffen werden.

Auf dem Teilgebiet A bieten sich aufgrund der Größenverhältnisse kleinere Kultureinrichtungen an, wie Theater, Künstlercafés, kleinere Ausstellungsräume, Galerien usw. Großflächigere Kultureinrichtungen wie Museen erscheinen auf der Teilfläche B sinnvoller.

Die kulturellen Einrichtungen müssen zum einen direkt auf die im Stadtquartier lebende Bevölkerung abgestimmt werden, zum anderen auch auf die potentiellen Besucher des Viertels. Im Falle des Teilgebiets A also für jüngere Bevölkerungsgruppen, aber auch für Menschen, die nach Geschäfts- oder Ladenschluß noch in der Innenstadt verbleiben möchten.

Teilgebiet A wird wirtschaftliche und kulturelle Zentralität Stuttgarts verbessern

Durch die Entwicklungen auf der Teilfläche A wird es der Stadt Stuttgart aus raumplanerischer Sicht gelingen, ihren Verlust an wirtschaftlicher Zentralität innerhalb der Region teilweise wieder zurückzugewinnen und ihre Funktion als Oberzentrum, vor allem im kulturellen Bereich, zu wahren.

Szenario für das Teilgebiet B

Im Teilgebiet B Wohnungen und Parkerweiterungen vorgesehen

Gemäß dem Entwurf des Rahmenplans wird das Teilgebiet B hauptsächlich für Wohnungen und die Erweiterung der Parkflächen beansprucht werden. Des weiteren sollen unterschiedliche Sondernutzungen auf dieser Fläche angesiedelt werden.

Teilgebiet B auch mit größeren Wohnungen ...

Im Unterschied zum Teilgebiet A wird die Wohnungsstruktur auf diesem Planungsgebiet teilweise großzügiger sein. Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen wird sich dennoch dem allgemeinen Trend im Stadtgebiet anpassen und kleiner sein. Im Durchschnitt werden die Wohnungen mehr Räume haben als auf dem Teilgebiet A. Dadurch wird es auch für Familien mit Kindern möglich sein, adäquate Wohnflächen in dem neuen Stadtgebiet zu finden. Aber auch auf dieser Teilfläche werden die einkommensschwachen Einwohner bzw. Familien mit Kind(ern) weitgehend ausgeschlossen sein. Die Lage des Gebietes scheint mit der Nähe zur City, zum städtischen Park und den Mineralbädern zu herausragend, als daß mit niedrigen Grundstückspreisen oder Mieten zu rechnen ist. Förderprogramme der öffentlichen Hand wären vonnöten, um finanziell schwächer gestellten Einwohnern Zugang zu diesem Wohngebiet zu verschaffen. Ob ausreichend Gelder für derartige Förderprogramme in Zukunft vorhanden sein werden, ist mehr als fraglich.

... in attraktiven Lagen

Vor allem die Wohnlagen in nächster Nähe zum Park, also im Norden und Osten des Teilgebietes B, werden von hohen Mieten und Grundstückspreisen geprägt sein. Etwas besser wird sich die Situation an der Verbindungsachse zum Nordbahnhofviertel darstellen. Durch ein in diesem Bereich höheres Verkehrsaufkommen und die Nähe zum Nordbahnhofviertel wird diese Wohngegend nicht die gleiche Attraktivität besitzen wie das zuvor beschriebene Teilgebiet A.

Eine Ansiedlung von Handel und Dienstleistungen mit überörtlicher Bedeutung in Teilgebiet B erscheint nicht sinnvoll. Durch die bestehende City und das Teilgebiet A wird kein zusätzlicher Bedarf für solche Nutzungen entstehen. Allerdings bestünde bei einer grundsätzlichen Situationsänderung zu Beginn des nächsten Jahrtausends die Möglichkeit, den möglicherweise höheren Bedarf auf diesem Teilgebiet zu decken, da die Bebauung der Teilfläche B frühestens im Jahr 2008 beginnt. Hierzu müßte dann jedoch auch die Erreichbarkeit des Gebiets verbessert werden, da mit einer höheren Besucherfrequenz und einem größeren Verkehrsaufkommen zu rechnen ist. Einkaufsmöglichkeiten, um den täglichen Bedarf zu decken, sind bereits im Nordbahnhofviertel gegeben und können in dem neuen Wohngebiet ergänzt werden.

Aufgrund der Bevölkerungsstruktur Stuttgarts auch altengerechte Wohnungen erforderlich

Um dem allgemeinen Trend der Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Stuttgart gerecht zu werden, wird bei der Planung der Wohngebiete auf die anteilige Zunahme der älteren Einwohner Rücksicht genommen werden müssen. Dies bedeutet die Errichtung altengerechter Wohnungen. Ein dementsprechendes Wohnumfeld muß ebenfalls in die Planung miteingeschlossen werden.

Alters- und Sozialmischung in Teilgebiet B eher gegeben als in Teilgebiet A

Auch wird aufgrund der Entwicklung der Einwohner- und Haushaltstruktur ein großer Bedarf für Wohnungen entstehen, in denen Ein- und Zweipersonenhaushalte leben, sei es für junge oder ältere Haushalte. Im Gegensatz zum Teilgebiet A wird es auf dieser Fläche die Möglichkeit geben, eine wünschenswerte Bevölkerungsmischung von jungen und alten Einwohnern, Familien und ausländischen Einwohnern zu realisieren. Ungewiß bleibt, wie sich die Mietpreise in der Zukunft entwickeln und inwieweit dadurch die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen bleiben.

Durch Erweiterung der Parkanlagen und Einrichtung von Freizeitinfrastruktur wird Standort Stuttgart insgesamt aufgewertet

Die Vergrößerung der Parkfläche um ca. 20 ha würde das Wohnungsgebiet und sein Umfeld auf der Teilfläche B qualitativ aufwerten. Dies erfolgt jedoch nicht nur durch eine bloße Erweiterung der Parkanlage, auch die Infrastruktur sowie die Freizeitmöglichkeiten innerhalb des Parks müßten verbessert werden. Durch eine Aufwertung dieser Teilfläche kommt ihr, hinsichtlich der Fragestellung über Standortfakto-

ren, eine wichtige Rolle zu. Als wichtigster personenbezogener weicher Standortfaktor wird das Wohnen mit seinem Umfeld angesehen (Grabow, 1995, S. 33). Das Teilgebiet B kann also einen wichtigen Beitrag dazu leisten, daß zum Beispiel qualifizierte Arbeitskräfte die innerstädtische Lage als bevorzugt ansehen und sich dort ansiedeln. Hierdurch würden sich auch günstige Folgewirkungen für die Ansiedlung ganzer Unternehmen im Stadtgebiet ergeben, da für diese wiederum die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ein wichtiger Standortfaktor ist.

Dazu trägt auch Realisierung größerer Kultureinrichtungen bei

In diesem standortbezogenen Zusammenhang ist auch die Ansiedlung von kulturellen Einrichtungen größeren Maßstabs zu sehen. Sind im Teilgebiet A noch kleinere Kultureinrichtungen sinnvoll, so wären auf der Teilfläche B die Realisierung größerer Vorhaben erstrebenswert. Hierzu gehören Museen, Theater, Bibliotheken usw. Durch Maßnahmen dieser Art könnte die Zentralität der Stadt Stuttgart im kulturellen Bereich weiter ausgebaut werden. Die in der Innenstadt bereits bestehenden Kultureinrichtungen müssen keine Konkurrenz zu den neuen darstellen. Wie in der Dienstleistungsbranche besteht vielmehr die Möglichkeit, vorhandene Lücken zu schließen und Kapazitäten zu erweitern.

Bei derartigen Sondernutzungen muß im Rahmen der Planung jedoch zunächst auch an die in dem Gebiet lebenden Einwohner gedacht werden. Durch einen relativ hohen Anteil älterer Einwohner sollten Bildungseinrichtungen, Treffpunkte usw. vorgesehen werden. Gerade in innerstädtischen Gebieten ist davon auszugehen, daß auch die älteren Einwohner agil sind und eine hohe Mobilität aufweisen. Durch eine steigende Lebenserwartung wird sich dieser Trend noch verstärken. Dem muß durch die Planung entsprechender Einrichtungen Rechnung getragen werden.

Szenario für das Teilgebiet C

Das Teilgebiet C ist das am weitesten von der City entfernte Planungsgebiet des städtebaulichen Projekts und stellt ein eher abgeschlossenes Areal dar. Durch seine fehlende Verbindung und der Entfernung zur City eignet sich diese Teilfläche nicht für eine Konzentration zentraler und überörtlicher Dienstleistungen. Dienstleistungszentren über den täglichen oder gehobenen Bedarf hinaus würden zu einer Konkurrenzsituation mit der City führen, was ungünstige Auswirkungen für beide Gebiete hätte.

Teilgebiet C könnte Verwaltungscity werden

Sinnvoller, und im Rahmenplan auch so vorgesehen, ist die Erweiterung des Verwaltungsstandortes, der durch das Löwentorviertel bereits vorgegeben ist. Hier könnte eine Art Verwaltungscity entstehen, bestehend aus den bereits ansässigen Verwaltungsstellen und solchen, die in der Innenstadt nicht unbedingt präsent sein müßten und von daher etwas außerhalb angelagert werden könnten. So würden Gebäude in der Innenstadt frei, die anderen (z.B. kulturellen) Nutzungen zugeführt werden könnten. Hierzu gehören zum Teil historische Gebäude wie das Neue Schloß, in dem Stellen der Ministerien untergebracht sind. Möglich ist auch die Ansiedlung einer internationalen Behörde, im Zusammenhang mit der europäischen Vereinigung würde dies der Stadt Stuttgart einen großen Imageschub geben und ihre Rolle innerhalb Europas und auch hinsichtlich des Konkurrenzkampfes mit anderen Regionen stärken.

Auch durch andere Sondernutzungen, die größere Flächen beanspruchen und somit in der City teilweise deplaziert wären, könnte auf dem Teilgebiet C dieser Effekt erzielt werden. Dazu gehören zum Beispiel überregionale Funktionen im Bereich des Gesundheitswesens, Bildungseinrichtungen, Sportanlagen, Einrichtungen der IuK-Technologie usw. Aufgrund einer guten verkehrlichen Anbindung durch die Hauptverkehrsachsen Heilbronner Straße und die das Gebiet umgebenden (teilweise in Planung befindlichen) U- und S-Bahn Anschlüsse, dürften solche überörtlichen Nutzungen auf der Teilfläche C sehr gut realisierbar sein.

Gemischte Nutzung durch Wohnungen auch für einkommensschwächere Haushalte

Um die angestrebte gemischte Nutzung auf dem Teilgebiet C zu erreichen, ist auch ein Anteil von Wohnungen in die Planung einzubinden. Im Gegensatz zu Teilgebiet B wird die Wohnqualität auf diesem Areal nicht so hochwertig sein. Dies liegt an der Lage zu den Hauptverkehrsachsen Heilbronner Straße und Nordbahnhofstraße, welche ausgebaut werden und auf denen mit einem höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen ist. Demnach kann auf dieser Teilfläche verwirklicht werden, was auf den beiden anderen Gebieten A und B nicht realisierbar sein wird - Wohnungen für einkommensschwächere Haushalte. Somit kann auf dem Teilgebiet C auch auf manche Entwicklungen reagiert werden, die sich in Zukunft für das Stadtgebiet ergeben werden.

Hierbei kann eine Verbindung zwischen künftiger Einwohner- bzw. Haushaltsstruktur und neuen Anforderungen hinsichtlich der Wohnungen in Verbindung mit Telearbeitsplätzen realisiert werden.

Teilgebiet C wäre geeignet für telearbeitsgerechte Wohnungen

Um die Telearbeit auch für innerstädtische Wohn- und Arbeitsgebiete interessant zu machen, sind auf dem Teilgebiet C Wohnungen herzustellen, die die Voraussetzungen für die Telearbeit erfüllen. Das bedeutet, technische Anschlüsse und Einrichtungen, sowie die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitszimmers in der Wohnung müssen möglich sein.

Familienbezogene Infrastruktur zu schaffen

Die Wohnungsstruktur in dem Gebiet muß auf die potentiellen Einwohner bzw. Beschäftigten abgestimmt werden. Hierzu gehören Alleinstehende mit Kind(ern), vor allem Frauen, Familien mit Kindern, in dem ein Elternteil aufgrund der Erziehung des Kindes zuhause bleibt oder bleiben muß. Denkbar ist, das Stadtquartier so auszugestalten, daß ein Kindergarten bzw. eine Kindertagesstätte vorhanden ist, der bzw. die von der Wohnung aus schnell erreichbar ist. Für die Versorgung der Haushalte stehen die Einrichtungen im Nordbahnhofviertel zur Verfügung, zusätzliche Geschäfte für den täglichen Bedarf könnten dort oder auch in dem neuen Stadtviertel ergänzt werden.

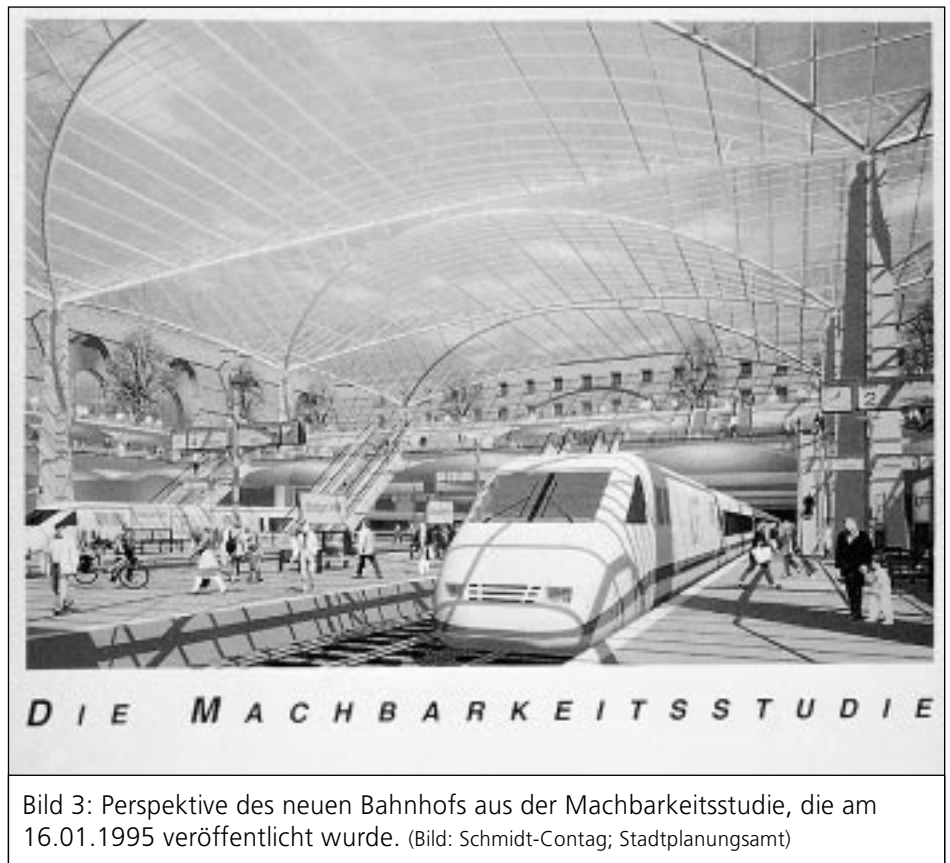
Teilgebiet C als „Telecity“

Wird die Telearbeit nicht in der Form der isolierten Telearbeit geplant, so bestünde auch in diesem Bereich eine Alternativlösung. Wenn sich verschiedene Unternehmen finden ließen, die aufgrund einer ähnlichen Geschäftsstruktur bereit sind, in einem Gebäude innerhalb der Wohnsiedlung ein Nachbarschaftsbüro einzurichten, so könnten die Einwohner bzw. Beschäftigten des Viertels teilweise außerhalb der eigenen Wohnung im Büro arbeiten. Der Vorteil wäre, daß die sozialen Kontakte zu den Mitarbeitern nicht abbrechen würden und face-to-face Kontakte zu möglichen Kunden in dem Büro möglich wären. Für die Unternehmen würden sich die Kosten durch die Einrichtung eines Büros in der Wohnung und eines Arbeitsplatzes im Nachbarschaftsbüro zwar erhöhen, durch Absprachen mit den kooperierenden Unternehmen und Mitarbeitern (z.B. „desk sharing“) könnte der finanzielle Aufwand jedoch minimiert werden.

Teilgebiet C mit Mischnutzung könnte lebendiges Stadtquartier ergeben

Solch ein spezielles Quartier mit Wohnungen, Arbeitsplätzen, gemischter Einwohnerstruktur, Kindergarten usw. hätte aus stadtplanerischer Sicht große Vorteile. Die Tagbevölkerung würde auch gleichzeitig die Nachtbevölkerung darstellen. Das hieße, die Menschen, die tagsüber in diesem Stadtviertel arbeiteten, führen nach Arbeitsschluß nicht in Wohnquartiere außerhalb der Stadt, sondern blieben in der Innenstadt und belebten so am Abend dieses Stadtquartier sowie teilweise auch die umliegenden Viertel. Dem Trend, daß die Stadt „in den Abendstunden wie ausgestorben wirkt“, kann somit, zumindest partiell, entgegengesteuert werden.

Der Standort des Teilgebiets C für solch eine „Telecity“ ist auch aus Sicht der weichen Standortfaktoren zu befürworten. Das Quartier selbst kann familien-, kinder- und beschäftigtenfreundlich gestaltet werden. Aber auch das Wohnumfeld ist als hochwertig anzusehen. Der Weg in die Innenstadt ist nicht weit und durch öffentliche Verkehrsmittel in wenigen Minuten zu erreichen. Auch innerstädtische Erholungsgebiete, wie die Parkanlagen des Rosenstein- bzw. Schloßparks, liegen in unmittelbarer Nähe.



„Stuttgart 21“ lenkt jüngere, einkommensstarke Einwohner in die Innenstadt

Ausländeranteil Stuttgarts bleibt weitgehend unbeeinflusst

„Stuttgart 21“ kann Einwohnerverlust Stuttgarts nur mildern

„Stuttgart 21“ steigert Stuttgarts Kultuzentralität und Stuttgarts Attraktivität im Städtetourismus

Fazit und Ausblick

Durch das Vorhaben „Stuttgart 21“ wird es entgegen der allgemeinen Tendenz gelingen, jüngere, einkommensstarke Einwohner für die Innenstadt zu gewinnen. Die Ansiedlung älterer Einwohner ist nur bedingt wahrscheinlich, da diese seltener in neue Stadtquartiere ziehen und nicht die gleiche Mobilität aufweisen wie jüngere Einwohner. Zu einem gewissen Anteil wird es sich bei den Zuzügen in das Gebiet „Stuttgart 21“ um Binnenwanderungen innerhalb des Stadtgebietes handeln, der andere Teil entstammt intra- und interregionalen Zuzügen. Der zusätzliche Einwohnerneffekt von „Stuttgart 21“ im Jahr 2020 wird in der Haag-Studie mit 8700 Einwohnern angegeben. Wenn es gelingt, auf den Teilflächen B und C eine entsprechende Struktur zu schaffen, werden auch Familien zur Bevölkerung von „Stuttgart 21“ gehören. Dies wäre von Vorteil, da hier dem allgemeinen Trend entgegengewirkt werden könnte, daß Familien die Stadt verlassen.

Der Ausländeranteil in der Stadt Stuttgart wird sich durch das Projekt nicht grundsätzlich verändern. Ein leichter Rückgang des Gesamtanteils könnte sich allenfalls ergeben, wenn der Ausländeranteil in den neuen Stadtvierteln gering bleibt.

Stuttgart wird weiterhin, auch bei einer Realisierung des Projekts, an Einwohnern verlieren. Die Einwohnergruppen sind jedoch unterschiedlich betroffen. Jüngere Einwohner („Yuppies“ und „Dinks“) können hinzugewonnen werden, Familien, soweit sie es sich finanziell leisten können, ebenfalls. Ältere Einwohner werden von „Stuttgart 21“ nicht besonders stark tangiert werden. Sie verbleiben in ihren bisherigen Wohnungen oder ziehen ins Umland. Insgesamt sind also die jüngeren und einkommensstärkeren Haushalte bevorzugt.

In Bereichen wie Kultur und Verwaltung wird es in Zukunft keinen bedeutenden Zentralitätsverlust der Stadt Stuttgart geben. Durch „Stuttgart 21“ in Verbindung mit der Erweiterung dieser Funktionen kann es gelingen, das Image im nationalen und

internationalen Kontext aufzubessern. Hierzu gehört nicht nur die bloße Ansiedlung verschiedener kultureller Einrichtungen oder Verwaltungsstellen, die Stadt muß als ganzes in ein Marketingkonzept eingebettet werden. Der Städtetourismus wird für Stuttgart in Zukunft einen wichtigen Faktor darstellen. „Stuttgart 21“ kann hierzu einen innovativen Beitrag leisten. Nicht nur die geplanten Bauvorhaben und kulturellen Highlights sollten als Touristensmagnet fungieren. Das Projekt kann ebenso vermarktet werden. Die Bauphase selbst wird als beispielhaftes Pilotprojekt für ähnliche Vorhaben in anderen Städten, national und international, großes Interesse hervorrufen. Aber auch nach der Fertigstellung des Projekts, mit neuem Hauptbahnhof und städtebaulichem Vorhaben ergeben sich Möglichkeiten, dieses Planungsgebiet touristisch zu nutzen. Dabei ist zum Beispiel an einen „innerstädtischen Wanderpfad“ zu denken. Eingeschlossen sind die neuen Stadtviertel, die unter Denkmalschutz stehenden Bauten, der visuelle Gegensatz zwischen neuen und alten (Nordbahnhofviertel) Stadtvierteln, Parkanlagen usw. Auch hier dienen die Londoner Docklands als Beispiel, die aufgrund einer Vermarktungsstrategie mit Visitor Centre, Museen usw. im Jahr 1992 über 1 Mio. Touristen in das neue Stadtviertel zogen (Wehling, 1994, S. 294).

„Stuttgart 21“ verbessert Stuttgarts Verkehrssituation

Das Projekt „Stuttgart 21“ birgt für die Stadt Stuttgart in vieler Hinsicht Vorteile. Sie liegen vor allem in der verbesserten Anbindung der Stadt und auch der gesamten Region in das internationale Verkehrsnetz, aber auch in das angestrebte Netz des Öffentlichen Nahverkehrs innerhalb der Region Stuttgart. Durch ein noch engeres Zusammenrücken der Region aufgrund wirtschaftlicher Verflechtungen und schnellerer Verkehrsanbindungen wird die Stadt Stuttgart teilweise einen weiteren Zentralitätsverlust verkraften müssen. Dies muß sich jedoch nicht ausschließlich negativ für die Landeshauptstadt auswirken, kann sie doch mit einem attraktiveren Umland aufwarten. Innerhalb der Stadt ergeben sich durch Verluste im sekundären und tertiären Sektor darüber hinaus Möglichkeiten, durch Umstrukturierungen die Innenstadt attraktiver zu gestalten. Dies ist notwendig, um der Tendenz der innerstädtischen Verödung entgegenzuwirken. Hierzu kann das Projekt „Stuttgart 21“ ein wichtiger Baustein sein. Nicht nur die harten Standortfaktoren werden in Zukunft darüber entscheiden, ob sich Firmen und ihre Angestellten in einer citynahen Lage niederlassen und wohnen, die Gestaltung des Umfeldes für Arbeit und Wohnen sowie eine lebendige Innenstadt gehören ebenfalls dazu. Hier kann „Stuttgart 21“ neue Impulse setzen.

Langfristigkeit des Projektes von Vorteil, da flexibler auf neue gesellschaftliche Trends eingegangen werden kann

Ein Vorteil des Projekts erscheint auch die Langfristigkeit und zeitlich unterschiedliche Bebauung der Teilgebiete. Bedarfe, gesellschaftliche Werte und Lebensstile ändern sich immer schneller und dies wird auch zukünftig so sein. Durch eine zeitlich versetzte Bebauung kann flexibler auf solche Trends eingegangen werden. Die Innenstadt muß in diesem Zusammenhang als ein Ort des Widerspruchs gesehen werden. Unterschiedliche Lebensstile, Bevölkerungsgruppen prägen das Bild. Die Einwohner schaffen sich mitunter das gewünschte Wohnumfeld selbst, so kann es zur Herausbildung einer „patchwork city“ (Adrian, 1994, S. 106) kommen, ein buntes Gemisch aus verschiedenen Lebensstilen und Wohnumfeldern. Aus dieser Perspektive erscheint es für die Entwicklung der Stadtgebiete sinnvoll, daß die an der Planung Beteiligten und die Bürger nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt in einem festgezurrtten Rahmen operieren.

„Stuttgart 21“ wird allerdings keine Vermischung von Lebensstilen und Wohnumfeldern ermöglichen

In diesem Zusammenhang besteht aber auch für das Gebiet von „Stuttgart 21“ die Gefahr, daß es aufgrund wirtschaftlicher Aspekte zu solchen Vermischungen der Lebensstile und Wohnumfeldern nicht kommen wird. Es besteht Anlaß zur Sorge, daß nur bestimmte Bevölkerungsgruppen von diesem Projekt profitieren werden, im Extremfall wird es sogar negative Auswirkungen auf bestehende Gebiete, wie zum Beispiel dem Nordbahnhofviertel, haben.

Literaturverzeichnis:

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg., 1994):

Eine Region im Umbruch - Perspektiven für Beschäftigung, Wachstum und Strukturpolitik im Raum Stuttgart. (= Reihe Wirtschaftliche Diskurse, Nr. 62).

Grabow, Busso, Dietrich Henkel & Beate Hollbach-Grömig (1995):

Weiche Standortfaktoren, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): (= Schriften des Deutschen Institutes für Urbanistik, Bd.89). Verlag W. Kohlhammer und Deutscher Gemeindeverlag, Stuttgart.

Haag, Günter; Grützmann, Kathrin: Modellgestützte Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung der Stadt Stuttgart. Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.), Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 1997/2.

Lienemann, Fritz & Günther Unholzer (1975):

Die Szenariomethode als Beitrag zur Fortschreibung des Bundesraumordnungsprogramms - Alternative Perspektiven gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge als Rahmenwerk der Raum- und Siedlungsentwicklung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): (= Raumforschung und Raumordnung, Heft 5). Carl Heymanns Verlag, Köln; S. 240-249.

Stiens, Gerhard (1996):

Prognostik in der Geographie (= Das Geographische Seminar). Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig.

Sträter, Detlev (1988):

Szenarien als Instrument der Vorausschau in der räumlichen Planung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Regionalprognosen - Methoden und ihre Anwendung (= Forschungs- und Sitzungsbericht, Bd.175), Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover; S. 417-440.

Wehling, Hans-Werner (1994):

Die London Docklands - Strategien, Prozesse und Probleme einer Revitalisierung, in: Die Alte Stadt, Heft 4, Kohlhammer Verlag, Stuttgart; S. 280-299.

14. Wahl zum Deutschen Bundestag



Bundestagswahl am 27. September 1998

Eine Analyse des Wahlverhaltens
in räumlicher und sozialstruktureller
Differenzierung

1998, 78 Seiten, zahlreiche Tabellen,
Grafiken und Farbkarten
20 DM (zuzüglich Versandkosten)
ISSN 1431-0996



Die Analyse zur Wahl

Vertrieb und weitere Informationen:

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt,
Eberhardstraße 39 (Schwabenzentrum),
70173 Stuttgart,
Telefon 0711/216-34 40,
Fax 0711/216-3900
E-Mail: statistisches-amt@stuttgart.de
E-Mail: komunis@stuttgart.de

Stuttgart in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 1998



Auch als CD-ROM

Über

100 000 aktuelle Zahlen

zum

wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Leben in Stuttgart

mit Großstadt- und
Regionalvergleich

52. Jahrgang 1998

354 Seiten, 87 Grafiken,
340 Tabellen, Sachregister,
1 Übersichtskarte

25 DM (zuzüglich Versandkosten)

CD-ROM

- vollindizierte Stichwortsuche
- alle Tabellen als EXCEL-Dateien
weiterverarbeitbar

ISSN 1434-4289

50 DM (zuzüglich Versandkosten)
40 DM für Abonnenten

Vertrieb und weitere Informationen:

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt,
Eberhardstraße 39 (Schwabenzentrum),
70173 Stuttgart,
Telefon 0711/216-34 40,
Fax 0711/216-3900
E-Mail: statistisches-amt@stuttgart.de
E-Mail: komunis@stuttgart.de

Stuttgart Wegweiser 1998

Bereits 2. Auflage



Sie wollen sich in der Stadt schnell und leicht zurechtfinden? Sie suchen ein bestimmtes Gebäude, einen Arzt, eine Behörde, ein Parkhaus, ein Hotel?

Alles das und einiges mehr an exakten und zuverlässigen Informationen finden Sie im STUTTGART-WEGWEISER.

Im Straßenverzeichnis ist jede Straße mit ihrer Lage, ihren Kreuzungspunkten und je Straßenabschnitt mit den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel beschrieben. Leicht zu finden sind alle Behörden, Ärzte, Kirchen, Hotels, ja sogar Hebammen und Friedhöfe.

Der STUTTGARTER-WEGWEISER stellt für viele ein unverzichtbares Nachschlagewerk dar.

854 Seiten im handlichen Format 15 x 11 cm
24 DM (zuzüglich Versandkosten)
1. Auflage Juni 1998, 2. Auflage September 1998

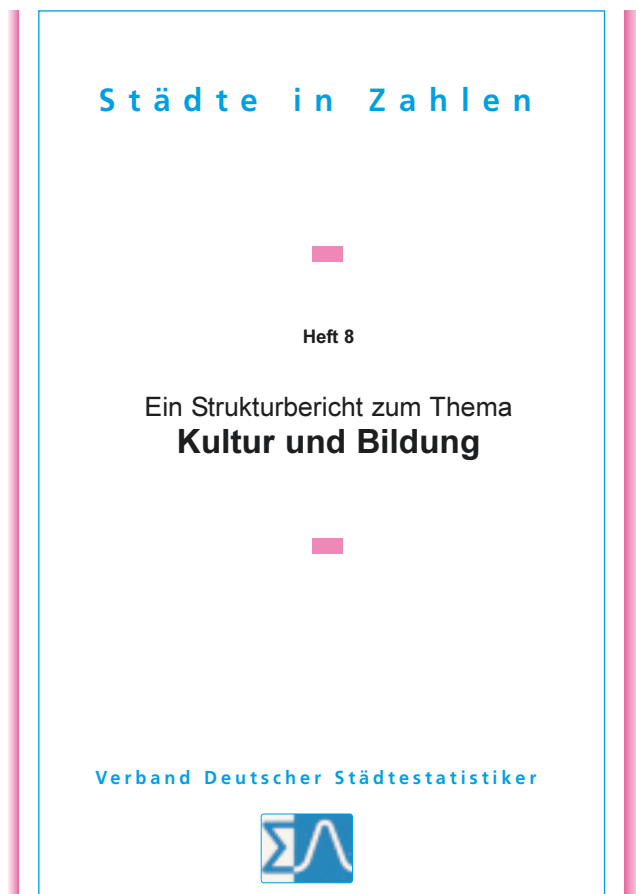
Vertrieb und weitere Informationen:

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt,
Eberhardstraße 39 (Schwabenzentrum),
70173 Stuttgart,
Telefon 0711/216-34 40,
Fax 0711/216-3900
E-Mail: statistisches-amt@stuttgart.de
E-Mail: komunis@stuttgart.de

Städte in Zahlen

Soeben erschienen

Ein Strukturbericht zum Thema Kultur und Bildung



Aus dem Inhalt

- Gemeindliche Kulturausgaben
- Öffentliche Theater
- Filmtheater und Filmbesucher
- Museen
- Ausstellungshäuser
- Artotheken
- Bibliotheken
- Kommunalarchive
- Soziokulturelle Zentren
- Musikschulen
- Jugendkunstschulen
- Volkshochschulen
- Allgemeinbildende Schulen
- Hochschulen

336 Seiten, 16 Farbkarten und 28 Grafiken
32 DM (zuzüglich Versandkosten)

Herausgeber:
Verband Deutscher Städtestatistiker, Oberhausen 1998
Schwartzstraße 73, D - 46045 Oberhausen

ISBN 3-922421-34-2

Weitere Informationen: Telefon 0711/216-6342 (Hans H. Martin)

Veröffentlichungen zu den Themen:

Werner Münzenmaier:

Stuttgart 21 - Auch ein Impuls für den Arbeitsmarkt,

Landeshauptstadt Stuttgart, Beiträge aus Statistik und Stadtforschung,
Heft Nr. 12/1995

Hans-Joachim Hilbertz:

**Die Verwaltung der Landeshauptstadt Stuttgart
im Veränderungsprozeß,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Beiträge aus Statistik und Stadtforschung,
Heft Nr. 1/1996

Klaus Kaiser:

... zur Gründung des Statistischen Amtes,

Landeshauptstadt Stuttgart, Beiträge aus Statistik und Stadtforschung,
Heft Nr. 3/1996

Thomas Schwarz:

Erfahrungsaustausch der Wahlämter in Stuttgart,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 2/1998, S. 40